Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 103. Montag, den 5. Mai 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die gemeinsame Aktion.

Genosse Jean Jaurès veröffentlicht in der Ersten-Mai-Nummer des „Vorwärts“ Betrachtungen über die militaristischen Auseinandersetzungen in Deutschland und Frankreich, die wir wegen ihres großen allgemeinen Interesses hier wiedergeben. Der unermüdliche Streiter wider jeglichen Chauvinismus schreibt:

Die militaristische und chauvinistische Strömung, die sich über Europa ergießt, hat die Wirkung gehabt, das Band zwischen den deutschen und den französischen Sozialisten womöglich noch enger und stärker zu knüpfen. Niemals hat sich ihre Kampfsolidarität glänzender und wirksamer bekundet. Der Kampf der einen kommt dem Kampf der anderen zugute. Oder vielmehr — es ist ein und derselbe unteilbare Kampf. Als wir anläßlich der reaktionären Gesetzesvorlage über die Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit im Parlament und im Lande einen machtvollen Protest erhoben, sagte uns die nationalistische und bürgerliche Presse: Frankreich wird die Haltung der französischen Sozialisten nach der der deutschen beurteilen. Diese werden gegen die Steigerung der Rüstungen nur um den Anschein zu wahren kämpfen. Sie werden nur einen schwachen Widerstand leisten und diesen noch mit dem heimlichen Wunsch, zu unterliegen. Aber je mehr sich die Debatte entwickelt und je mehr die deutschen Sozialdemokraten alle Gefahren der uferlosen Rüstungspolitik enthüllen, desto mehr sind selbst diese Zeitungen gezwungen, die Tonart zu wechseln. So groß auch ihre Schamlosigkeit in der Regel sein mag, sind sie doch gezwungen, ihren Lesern zu bekennen, daß der Kampf der deutschen Sozialisten ernst ist und daß ihre Hiebe sitzen. Die Enthüllungen über die Treibereien der großen Metallindustriellen haben in unserem Lande einen tiefen Eindruck gemacht. Sie haben auf einem anderen Gesichtsfelde das bestätigt, was wir selbst über die in der Quenza-Affäre offenbar gewordene nationale und internationale Intrige der Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten des Konsortiums Krupp-Schneider und über die Organisation der systematischen Preßlüge gesagt hatten. Die schändlichen, vergifteten Quellen der chauvinistischen Feldzüge wurden bloßgelegt. In vielen Bürgern erwachte die Hoffnung, daß die Enthüllungen die Bemühungen der Friedensfreunde, die Massen vor den unheilvollen Hetzereien zu behüten, fördern würden. Und die Entwicklung der Aktion unserer deutschen Genossen hat die unsere in Frankreich fortschreitend ebenso erleichtert, wie ich hoffe, daß unser Kampf dem ihren nützt. Gleich den Alpen, die von ihren beiden Abhängen aus durchbohrt wurden, wird der Berg der Verleumdungen, der Frankreich und Deutschland trennt, durch die gleichzeitige verdoppelte Arbeit der französischen und der deutschen Proletarier, die, den Spaten in den Händen, durch den Greuel aufgetürmter Vorurteile und Lügen hindurch einander zustreben, durchbohrt werden. Schon beginnt der Tag von einem Land zum anderen zu leuchten.

Was dem jetzigen Kampf der französischen und deutschen Sozialdemokratie ein ganz besonderes Interesse verleiht, ist die Tatsache, daß er sich, wenn ich so sagen darf, auf einem Feld gewaltigster, umfassendster Probleme abspielt. Es ist ein Kampf, der, zugleich weit ausgebreitet und scharf umrissen, leidenschaftlich und aufs Detail gehend, allgemeiner und technischer Natur ist. Schiedsgerichtsfrage und Rüstungsbeschränkung; Bemühen um die Sicherung des Friedens mittels der internationalen Vereinigung der Arbeiter in der sozialistischen und proletarischen Aktion und gleichzeitig ehrliche Bereitschaft, die aufrichtigen Bemühungen zu unterstützen, die von Angehörigen aller Parteien und Klassen, in der endlich errungenen Erkenntnis der Schrecken des Krieges und des Unheils des bewaffneten Friedens, gemacht werden könnten. Wuchtige und auf Urkunden gestützte Anklage gegen die Skandale des Geschoß-, Kanonen- und Mitrailleusen-Kapitalismus. Energisches Bemühen, um dem Volk neue Militärlasten zu ersparen und auch, um die ungeheuren Organismen der Abenteuer- und Angriffspolitik in der Richtung eines demokratischen und rein defensiven Volksheeres umzubilden. Bemühen, den Steuerapparat umzugestalten, um das finanzielle Gewicht der raffgierigen, voraussichtslosen und anarchistischen Politik auf die Schultern der besitzenden Klassen abzuladen, die sie betreiben und darum für die tiefgreifende Unordnung Europas verantwortlich sind. Die Schlacht entwickelt sich auf jeglichem Gebiet. Und sie setzt gleichzeitig einen großen revolutionären Elan und eine täglich an Genauigkeit und Schärfe zunehmende technische Kenntnis des ganzen militärischen, fiskalischen und diplomatischen Mechanismus voraus, den die herrschenden Klassen errichtet haben und handhaben. Das Wort Marx' von der Diplomatie gilt heute von allen Gebieten. Das Proletariat muß fähig werden, nicht nur die diplomatische Intrige, sondern auch den ganzen militärischen, fiskalischen und journalistischen Apparat zu analysieren und das Räderwerk seines Betriebes in allen seinen geheimen Details kennen zu lernen.

Auch in Frankreich hören wir nicht auf, gegen das Wachstum der Rüstungen und gegen die Umtriebe der Kapitalisten der Metallindustrie zu kämpfen. Aber vor allem gilt es für uns, gegen die militärische Reaktion zu streiten, die uns vermittels der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit und durch das System der gegen Prämien Angeworbenen zur Berufsarmee zurückführen will. Die Kampagne der Chauvinisten und Reaktionäre ist durch die Unruhe, die sich in den Massen verbreitet hat, erleichtert worden. Diese Massen wollen nicht den Krieg, aber man hat es dahin gebracht, sie glauben zu machen, daß Deutschland Angriffsabsichten habe und in jedem Fall davon träume, Frankreich eine Art Vasallentum aufzuerlegen durch die Drohung einer überlegenen Macht für den Fall, daß es sich nicht in allen Weltbegebenheiten gelehrig und gefügig dem Ehrgeiz und den Absichten des deutschen Imperialismus unterordnen wolle. Der Streit von Agadir, die Brutalitäten des Buchs des Generals v. Bernhardi, die wachsende Vermehrung der Effektivbestände in der Kaserne, die nach den eigenen Worten des deutschen Generalstabs dazu dienen sollen, mittels einer raschen Mobilisation Ueberrumpelungen zu erleichtern, die Gewalttätigkeiten und Beleidigungen der alldeutschen Presse — alles dies brachte Tausende Franzosen dazu, sich zu fragen, ob nicht von heute in einem oder in zwei Jahren eine verderbenbringende Lawine der Invasion auf unser Land herabrollen würde. Viele, die die dreijährige Dienstzeit nicht als eine normale und dauernde Einrichtung annehmen möchten, erklären, daß sie eine notwendige Vorkehrung für die nächste Zeit, das einzige Mittel sei, Frankreich gegen den binnen kurzem bevorstehenden Angriff zu decken. Unsere abscheuliche chauvinistische, den Kolonial- und Metallkapitalisten dienende reaktionäre Lügenpresse beutet diese dumpfe Unruhe aus und verschärft sie noch. Und die Gewalt der Sturmflut würde uns fortreißen, wenn wir nicht imstande wären, zu beweisen — und wenn wir es nicht in der Tat bewiesen —, daß die Bürgschaft für die Sicherheit, für die freie und friedliche Entwicklung Frankreichs nicht in der Rückkehr zu veralteten Maschinerien, nicht in einem blinden und ohnmächtigen Abklatsch des deutschen Militarismus und seiner Kasernenarmee, sondern in der Organisation eines gewaltigen Heeres auf demokratischer Grundlage gegeben ist, das in Wahrheit die ganze, zu ihrer Verteidigung organisierte und gleichzeitig von jedem Gedanken des Angriffs wie von jeder Furcht vor dem Angriff befreite Nation wäre.

Derart steht heute in Frankreich die Frage der Heeresorganisation im Vordergrund. Ich hatte dies seit Jahren vorausgesehen und darum noch, bevor die Krise ihre Schärfe angenommen hatte, einen Versuch der Darlegung und Propaganda in diesem Sinne unternommen. Die Krise des Zweijahrgesetzes, so wie es in der Hand der Generalstäbler geworden ist, die gerade das beste in ihm verabscheuen, war unvermeidlich. Einerseits gibt es nicht und will es auch nicht genügende effektive Kasernenbestände geben, die den Kasernenbeständen der deutschen Armee ein Gleichgewicht bieten könnten. Da andrerseits die reaktionären oberen Chefs, die das Gesetz, nachdem sie es bekämpft hatten, anzuwenden berufen worden waren, seine wesentlichsten Verfügungen und die in ihm enthaltenen Zukunftskeime vernachlässigten, und da weder die Erziehung der Jugend noch ein ernsthaftes Enkadrement und eine schnelle Mobilisierung der Reservistenmasse organisiert wurde, stellt das Zweijahrgesetz zu dieser Stunde ein Werkzeug dar, das zu starr und zu karg ist. Trotzdem hat die zweijährige Dienstzeit eine starke Armee errichtet, mit der, wie ich ernstlich glaube, derzeit keine andere europäische Armee fertig werden könnte. Aber sie entspricht nicht mehr den täglich stärker drängenden neuen Bedürfnissen und den Bedingungen der Sicherheit Frankreichs in der Zukunft. Darum mag wohl in diesem Augenblick der Kampf zwischen den Verteidigern der zweijährigen Dienstzeit und den Anhängern der Rückkehr zur dreijährigen entbrannt scheinen, aber der wahre Kampf wird im Grunde geführt zwischen denjenigen, die zur Berufsarmee zurückgehen und jenen, die in der Richtung dessen, was man Miliz nennt, vorwärtsschreiten möchten — einer wahrhaften nationalen Volksarmee entgegen.

Ich bin tief überzeugt, daß die jetzige Krise selbst, mag sie auch in der scheinbaren Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit ihre Lösung finden, in Frankreich den Sieg des wahrhaft modernen Systems der bewaffneten Nation, des mächtig gerüsteten, vollständig kriegsgeübten und allgemein verwendbaren Volksheeres beschleunigen wird. Mag auch der Dreijahrdienst und in welcher Form immer beschlossen werden, mag er unbeschränkt oder mit Zugeständnissen bewilligt werden, er wird sich bald als sozial und militärisch undurchführbar erweisen. Und so wird der in der Richtung der Berufsarmee unternommene Versuch nur auf einem merkwürdigen Umwege zur Idee des Volksheeres führen, das zugleich eine Bürgschaft des Friedens und eine unvergleichliche Bürgschaft der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der Nation sein wird. Die Militaristen Frankreichs und Deutschlands mögen nur nach Belieben spotten. Wenn die französische Demokratie als erste es fertig bringt, dieses Organisationssystem zu verwirklichen, wird sie eine nationale Verteidigungskraft erster Ordnung besitzen.

Auch auf dem finanziellen Gebiet stehen große Schlachten bevor. Die Regierung wird gezwungen sein, eine Anleiheoperation im Betrage von mehr als einer Milliarde und wenigstens vierhundert Millionen neuer Steuern zu beantragen. Unser Bestreben wird sein, diese Finanzkrise zu benutzen, um die Neugestaltung unseres ganzen Steuersystems zu fordern.

Es ist also in der Tat ein unermeßlicher Kampf, zugleich ein Eins und ein Vieles, zugleich revolutionär und technisch. Und in diesem Ringen selbst werden wir nicht ablassen, unsere Idee in der ganzen Fülle ihres Lichtes auszubreiten, nicht aufhören, mit dem wachsenden Glauben, den uns der Anblick des kapitalistischen Wahnsinns gibt, das schmachvolle Grundlaster einer Gesellschaft aufzuzeigen, das die Völker zur erschöpfenden Barbarei des bewaffneten Friedens, zur immerwährenden Gefahr verbrecherischer Kriege und zum furchtbaren, uns mit Vostellung von Ruinen, Verbrechen und Mord erfüllenden Alpdruck verdammt.

Möge das internationale Proletariat sich höher und stärker als je über die Verderbtheit und die Verwilderung, über die verpesteten und blutigen Dünste erheben, die ringsum den Horizont erfüllen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Notleidende Generale.

In der „Kreuz-Zeitung“ ergreift der General der Kavallerie v. Kleist das Wort, um zunächst der Budgetkommission des Reichstags seine Meinung darüber zu sagen, daß sie sich unterstanden hat, drei Kavallerieregimenter zu streichen. Die Regierung hätte die Annahme der Militärvorlage en bloc verlangen müssen, wäre dieser Reichstag nicht darauf eingegangen, dann bestimmt ein neugewählter. Wollte man der Logik des Generals von Kleist folgen, dann dürfte der Reichstag bei militärischen Forderungen überhaupt Einwendungen nicht erheben, sondern müßte sich daran genügen lassen, daß die Generale erklären, die Forderung sei nötig. Der General v. Kleist scheint dabei ganz zu übersehen, daß es nicht nur darauf ankommt, was die Generale für nötig halten, sondern auch, und zwar ganz besonders, darauf, ob die Steuerzahler das bezahlen können. Wenn man die Generale so wirtschaften ließe, wie sie es für richtig halten, dann würden den Steuerzahlern bald die Augen übergehen.

General v. Kleist führt aber dann auch lebhafte Beschwerde über die mangelhafte Bezahlung der Generale, die, wie er behauptet, seit mehr als hundert Jahren keine Gehaltsaufbesserung mehr empfangen hätten. Insbesondere empfindet er es als sehr bedauerlich, daß die „blinden“ Rationen beseitigt worden sind.

Diese „blinden“ Rationen sind in der Tat ein Unfug sondergleichen gewesen. Diese Rationen waren für die Pferde bestimmt, nicht aber dazu, daß Offiziere sich auf diese Weise eine Nebeneinnahme verschafft haben. Ging doch die Heeresverwaltung sogar so weit, daß sie den Offizieren die nicht benötigten Rationen mit barem Gelde ausbezahlt hat. Wenn diesem Unfug jetzt zesteuert ist, so ist das nur zu begrüßen. Der General v. Kleist findet aber, daß auch die Bezahlung der Generale mangelhaft sei, denn, so sagt er, ein Bankdirektor kann doch nur lächeln, wenn er hört, daß ein kommandierender General nur 30 000 Mark Bareinnahmen hat. Habe der General eine zahlreiche Familie, so könne er mit dem Gehalt nicht auskommen.

Es ist richtig, daß die kommandierenden Generale zunächst eine Bareinnahme von 30 000 Mark haben. Der General v. Kleist scheint aber in der Eile ganz übersehen zu haben, daß die kommandierenden Generale Dienstwohnungen haben, die einen Aufwand von durchschnittlich 15 000 Mark im Jahre erfordern. Vom Küchenschemel bis zum Kronleuchter wird alles auf Kosten des Reiches angeschafft. Man schätzt nicht zu hoch, wenn man

annimmt, daß dem deutschen Volke jeder kommandierende General rund 60 000 Mark im Jahre kostet, also mehr bezieht als ein preußischer Minister. Wenn der General v. Kleist keine Erhöhung der Bezüge der Generale fordern will, so tut er darin sehr gut, im Reichstage würde ein solches Verlangen jedenfalls keine Gegenliebe finden.

Der „starke Mann" kandidiert.

Herr Jordan v. Kröcher, dessen Mandat der Reichstag für ungültig erklärt hat, wird bei der bevorstehenden Ersatzwahl im Kreise Salzwedel-Gardelegen wieder kandidieren. Sein hauptsächlichster Gegner ist der einstige Beamte des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, spätere Antisemit und jetzt vorläufig nationalliberale Dr. Böhme.

Der Wink mit dem Zaunpfahl.

Zu der Beratung der Heeresvorlage in der Budgetkommission des Reichstags sagt die „Nordd. Allgemeine Zeitung":

„Das Hauptergebnis der Verhandlungen ist die Anerkennung des Prinzips, das die Vorlage zum Ausdruck bringt: Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien haben ohne Ausnahme diesen Grundsatz als maßgebend angenommen und ihn in einer Reihe von Abstimmungen bestätigt. Die Genugtuung hierüber erhält jedoch einen Schatten durch die Streichung von drei Kavallerieregimentern. Wir können nicht annehmen, daß im weiteren Verlauf der Beratung dieser Abstrich aufrecht erhalten bleibt. Jedenfalls hat schon die bisherige Aufnahme der Wehrvorlage im Parlament und außerhalb bewiesen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes und seiner Vertreter sich den schwerwiegenden Gründen nicht verschließt, die den verbündeten Regierungen die Durchführung der geforderten Rüstungsverstärkung zur unabweisbaren Pflicht machen gegenüber der Nation und ihrer Zukunft."

Das Zentrum wird diesen Wink verstehen und dafür sorgen, daß bei der zweiten Lesung die gestrichenen drei Kavallerieregimenter wieder eingesetzt werden.

Der Kavalleriestreit.

Die Ablehnung dreier der geforderten sechs neuen Kavallerieregimenter ruft diverse inaktive Offiziere auf den Plan, die nun in der Presse „beweisen", daß gerade hier — ausgerechnet hier — nichts gestrichen werden durfte. Als die Luftschiffe vermehrt wurden, hat man dies damit begründet, daß die Resultate des Aufklärungsdienstes der Kavallerie nicht mehr genügen, jetzt begründet man die Vermehrung der Kavallerie wieder damit, daß die Luftschiffe bei der Nacht und im Nebel nicht verwendet werden können. Um Gründe ist die Heeresverwaltung nie verlegen, und die Fadenscheinigkeit dieser Gründe versucht sie dann mit ihrer militärischen Sachverständigkeit zu verdecken. Kritisiert man an diesen Forderungen, dann heißt es, ein Laie könne das nicht beurteilen, kritisiert aber ein General, z. B. der Abg. Häusler, dann wird schlankweg behauptet, das sei kein Offizier, der etwas verstehe! Sachverständig sind nur solche Offiziere, die den Forderungen der Heeresverwaltung zustimmen. Zu dieser Kategorie gehört der reichsverbändlerische Generalmajor z. D. v. Gersdorff, der seine Weisheiten in der „Post" ablagert, und dieser Weisheiten letzter Schluß ist natürlich der, daß die gestrichenen Regimenter bewilligt werden müssen.

Einen vernünftigeren Vorschlag, den auch einer der sozialdemokratischen Redner zum Militäretat empfohlen hat, macht schon die vom Kriegsministerium allerdings boykottierte „Militärpolitische Korrespondenz". Sie empfiehlt, einige Garde-Kavallerieregimenter an die Grenze zu verlegen. In Berlin und Potsdam steht eine Unmenge Kavallerie, bei der die Söhne des Hochadels als Offiziere dienen. Es wäre durchaus angebracht, einige dieser feudalen Regimenter in kleine Garnisonen an der russischen Grenze zu verlegen, damit ihre kriegsmäßige Ausbildung gehoben werden kann. Die feudalen Herrschaften müßten auf das Vergnügen verzichten, bei höfischen Veranstaltungen zu brillieren, aber zu diesem Zweck sind sie ja schließlich nicht da. Wenn dieser Vorschlag im Reichstag zur Sprache kommt, dann darf man doch einigermaßen auf die Gegengründe gespannt sein, die von der Heeresverwaltung vorgebracht werden.

Die rollenden Taler der Firma Krupp.

Genosse Liebknecht hatte gelegentlich seiner kritischen Beleuchtung der Schmiergelderwirtschaft bei der Kriegsindustrie auch die Broschüre eines Herrn v. Perbandt erwähnt, in der gesagt war, „keine der wettstreitenden Kanonenfirmen arbeite so umfangreich und so systematisch mit anderen als technischen Mitteln wie die Firma Krupp." Herr Perbandt schleuderte diese Anklage im Jahre 1909 gegen die Firma Krupp. Jetzt versichert er in der „Berliner Börsenzeitung", daß er „zu Herrn Liebknecht in keinerlei Beziehungen gestanden habe, noch stehe", daß die obige Anklage zwar dem Wortlaut nach stimme, daß sie aber in einer Betrachtung enthalten sei,

„die es keinesfalls gestattet, gerade diese wenigen Worte allein aus dem ganzen Zusammenhang herauszureißen und nun damit der Firma Krupp derartig schwere Vorwürfe zu machen, wie sie aus der Darstellung des Herrn Dr. Liebknecht herauszulesen sind. Es kam für mich bei meinen damaligen Betrachtungen nicht darauf an, der Firma Krupp gegenüber behaupten zu wollen, daß sie sich unlauterer Mittel bediene, um Aufträge hereinzuholen. Ich stellte lediglich fest, daß die Firma Krupp, ebenso wie ihre Konkurrenz und jeder Industrielle, andere als technische Mittel benutzt, um Erfolge zu erzielen, wünschte aber, daß die Firma Krupp im Falle eines Mißerfolges ihren Mitbewerbern nicht die Anwendung anderer als technischer Mittel vorwerfen möge.

Da nun doch einmal die Broschüre wieder erwähnt worden ist, möchte ich gern auf diesem Wege feststellen, daß die Voraussetzungen, unter denen ich damals die Broschüre verfaßte, heute nicht mehr zutreffen. Ich habe deshalb auch schon vor Monaten Gelegenheit genommen, aus eigenem Antrieb der Firma Krupp gegenüber mein Bedauern auszusprechen, daß ich die Broschüre — aus Gründen, die die Öffentlichkeit nicht interessieren — verfaßt habe."

Vielleicht begegnet man diesem reumütigen Herrn Perbandt demnächst in einem der zahlreichen Kundschafterbureaus der Firma Krupp, er scheint sehr gut Bescheid zu wissen mit den nicht technischen Mitteln, denen Kanonenfirmen ihre Erfolge verdanken. Und das ist für solche Posten die Hauptsache.

Die Schönheit der Dreiklassenwahl.

Daß die Agrarier keine besonderen Freunde von Steuern sind, die sie selbst bezahlen sollen, ist bekannt; es sei nur erinnert an den Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Freiherrn v. Wangenheim, der es fertig brachte, eine Zeit hindurch überhaupt keine Steuer zu bezahlen. Daß solche Agrarier aber trotzdem als Höchstbesteuerte gezählt werden und in der ersten Klasse wählen können, ist eines der vielen Rätsel, die das Dreiklassenwahlrecht zu lösen gibt. Ein solcher Fall wird dem Berliner Tageblatt aus Liegnitz gemeldet:

„Der betreffende Rittergutsbesitzer nennt nach Angaben des „Schlesischen Güteradreßbuches" eine Fläche von 430,8 Hektar sein eigen, und zwar 390,1 Hektar Acker, 14,5 Hektar Wiese, 13 Hektar Holz, 2,5 Hektar Garten und 10,7 Hektar Wege usw. Auf dem Gute ist eine Branntweinbrennerei, eine Dampfmolkerei und eine namhafte ostpreußische Zuchtherde vorhanden. Der Grundsteuerreinertrag ist mit 14737 Mark festgesetzt. Und doch ist der Besitzer zur Staatssteuer nicht veranlagt. Für die Bildung der Abteilungsliste zur Landtagswahl ist ihm wie jeder zur Staatseinkommensteuer nicht veranlagten Person an Stelle dieser Steuer ein Betrag von 3 Mk. in Ansatz gebracht. Das Geheimnis, weshalb der betreffende Großgrundbesitzer als der Höchstbesteuerte des Urwahlbezirks gilt, löst sich dadurch, daß ihm 1567,31 Mk. an Kommunalsteuern in Ansatz gebracht worden sind, von denen er jedenfalls eine lächerlich geringe Summe wirklich bezahlt. Der Oberinspektor dagegen, der auf dem Rittergute tätig ist, bezahlt fast 150 Mk. Staatssteuern, wählt aber in der dritten Abteilung."

Ein Einkommen muß dieser Agrarier natürlich haben, wovon sollte er sonst leben? Allein in den Steuererklärungen nehmen die Wirtschaftsunkosten einen breiten Raum ein, und dann bleibt in der Regel zum Zwecke der Versteuerung nicht mehr viel übrig. Das ist das „gute, alte Preußen", das die Agrarier nicht angetastet wissen wollen.

Herr v. Jagow dementiert.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Jagow, der bisher nur durch seine Schweigsamkeit aufgefallen ist, läßt in der „Norddeutschen Allgem. Ztg." von sich hören. Das offiziöse Blatt teilt nämlich mit:

„Die „Preß-Zentrale" verbreitet, Deutschland habe in Wien außerordentlich eindringlich von dem Einmarsche in Montenegro abgeraten, da die russische Regierung der deutschen Regierung die Erklärung abgegeben habe, daß sie einen Angriff auf Montenegro mit der bewaffneten Neutralität, das heißt, mit der Konzentrierung von mindestens 300 000 Mann an der österreichischen Grenze beantworten würde.

Wir können feststellen, daß weder hier eine derartige russische Erklärung abgegeben, noch in Wien eine Warnung erteilt worden ist. Die ganze Meldung ist erfunden.

Als unrichtig zu bezeichnen ist auch eine Meldung der „Daily Mail", daß der deutsche und der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel von der Unterzeichnung des Friedensvertrages vor Abschluß der Skutarifrage abgeraten hätten."

Von besonderem Wert ist eigentlich nur die Feststellung, daß das Auswärtige Amt nichts unternommen hat, um die österreichische Kriegspartei vor Torheiten von unberechenbarer Tragweite zu warnen.

Zu der Berner Konferenz

schreibt die in Paris erscheinende radikale „Lanterne":

„Diese Konferenz wird nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn es den Franzosen gelingt, unsere Nachbarn von den friedlichen Absichten Frankreichs zu überzeugen, und wenn unsere Landsleute ihrerseits mit der Ueberzeugung heimkehren, daß Deutschland keinen Krieg sucht. Die Berner Konferenz kann natürlich nicht die furchtbaren Fragen lösen, welche die beiden Länder trennen, es wird ihr sogar schwer fallen, an eine Erörterung dieser Fragen heranzutreten. Aber in der Atmosphäre des Mißtrauens und des Grolles, in der wir leben, ist es schon von Bedeutung, daß französische und deutsche Parlamentarier zu einem Meinungsaustausch zusammenkommen, der von Uebelwollen und Unaufrichtigkeit frei ist."

Friedenskundgebung im elsaß-lothringischen Landtag.

Nachdem bereits in einer der letzten Sitzungen das elsaß-lothringische Parlament seine Stellung zu den neuen Wehrvorlagen kundgegeben hatte, wird es in seiner nächsten Sitzung auch seine Meinung über einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich äußern. Auf der Tagesordnung der am Dienstag, dem 6. Mai stattfindenden Sitzung steht ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen, gezeichnet von den Fraktionsvorsitzenden und dem Präsidenten der zweiten Kammer, der dahin geht: Die Kammer wolle beschließen, den Herrn Statthalter zu ersuchen, die Vertreter Elsaß-Lothringens im Bundesrat dahin zu instruieren, daß sie sich mit Entschiedenheit gegen den Gedanken eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich wenden und den Bundesrat veranlassen, die Mittel und Wege zu prüfen, welche geeignet sind, ein Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich herbeizuführen, weil in ihr ein Mittel zu erblicken ist, wodurch dem Rüstungswettkampf zwischen den europäischen Kulturnationen Einhalt geboten werden kann.

Österreich-Ungarn.

Die politische Lage in Ungarn. Budapest, 3. Mai 1913. Am Montag soll der ungarische Reichstag wieder zusammentreten, vorausgesetzt, daß bis dahin der kriegerische Konflikt nicht völlig zum Ausbruch gekommen ist. An den innerpolitischen Verhältnissen hat sich in den letzten zwei Monaten nicht viel geändert. Der Reichstag ist, nachdem er die reaktionären Gesetze durchgedrückt hatte, in die Ferien gegangen, ohne dem Ausgleich zwischen Opposition und Regierungspartei einen Schritt näher zu treten. Die Regierungspartei hat keine Lust, den Weg der gewaltsamen Politik zu verlassen, und die bürgerliche Opposition macht eine Verständigung davon abhängig, daß alle Maßnahmen, die seit dem vorigen Jahre getroffen sind, rückgängig gemacht werden. Dabei kann aber nicht verhehlt werden, daß die bürgerliche Opposition einen Ausgleich sehr gern sehen würde. Die Bundesgenossenschaft mit der Arbeiterklasse wird ihr langsam unheimlich, sie braucht nur vorläufig die Arbeiter noch, sonst wäre es vielleicht schon zu einer Trennung gekommen. Im Programm der Opposition befindet sich daher auch noch die Forderung einer Revision des Wahlrechts, aber mit dieser Forderung ist es der Opposition nicht ernst. Kann sie unter günstigen Bedingungen wieder Einfluß auf die Regierungsgeschäfte erlangen, dann wird sie diese Forderung skrupellos fallen lassen und mit der Reaktion gemeinsam die Arbeiter bekämpfen. Über diese Situation geben sich die Arbeiter gar keiner Täuschung hin, und obwohl sie die Bündnistreue der Opposition gegenüber wahren, sind sie diesen Leuten gegenüber genau so vorsichtig als gegen die Regierung. Es ist nicht anzunehmen, daß der neue Tagungsabschnitt des Reichstags schon eine Änderung dieser Situation herbeiführt.

Die österreichische Militärvorlage wird 36 000 Mann pro Jahr mehr fordern, also die Armee um 72 000 Mann vermehren. Die „Begründung" ist aus der deutschen Militärvorlage abgeschrieben. Kostenpunkt: 110 Millionen einmalige und 40 Millionen dauernde Ausgaben.

Balkan.

Vor dem Kriege? Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird vielleicht schon innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden ein blutiges Gemetzel beginnen, dessen Ende und Folgen für Europa nicht abzusehen sind. Österreich-Ungarn und Italien haben sich nämlich dahin geeinigt, Albanien militärisch zu besetzen. Angeblich, um für Albaniens Selbständigkeit zu streiten, in Wirklichkeit aber, um bei passender Gelegenheit an die Aufteilung Albaniens heranzugehen. Ein triftiger Grund für dieses wahnsinnige Vorgehen liegt nicht vor, da die Albaner sich schon allein helfen können und Montenegro nach heute morgen eingetroffenen Meldungen bereit sein soll, Skutari zu räumen. Dieser Entschluß ist nach schweren inneren Kämpfen, die zur Demission des montenegrinischen Kabinetts geführt haben sollen, gefaßt worden.

Der Stein des Anstoßes wäre also — abgesehen von einigen Nebensächlichkeiten — beseitigt. Angesichts dieser Sachlage ist das Vorgehen Österreichs und Italiens, wenn es jetzt noch durchgeführt wird, ein Verbrechen.

Wie wenig kühle Überlegung aber in Österreich vorhanden ist, geht daraus hervor, daß über Bosnien und die Herzegowina der Belagerungszustand verhängt worden ist. Österreich drängt mit allen Mitteln auf einen Krieg gegen Montenegro.

Wie die „Neue Freie Presse" aus Wiener diplomatischen Kreisen erfährt, sind die Verhandlungen zwischen der österreichischen und der italienischen Regierung noch nicht abgeschlossen. Italien ist bestrebt, die bevorstehende Aktion nur auf albanischen Boden zu beschränken, um jede Komplikation zu vermeiden. Militärische Kreise in Wien vertreten dagegen die Ansicht, daß sowohl aus politischen wie aus militärischen Rücksichten es unumgänglich notwendig wäre, die Aktion gegen Skutari auch zugleich auf montenegrinischem Boden durchzuführen. Man glaubt, daß die militärische Operation von beiden Mächten gleichzeitig ins Werk gesetzt werden soll und längstens Mitte dieser Woche beginnen wird. Bis dahin wird auch die Frage entschieden sein, ob dann die Schiffe der Demonstrationsflotte von den übrigen Mächten zurückgezogen werden oder nicht.

Nach aus Alessio eingetroffenen Nachrichten kam es vor Durazzo zwischen den Truppen Dschawid Paschas und Essad Paschas zu einem blutigen Kampfe, der mehrere Stunden dauerte. Dschawid Pascha wurde vollständig geschlagen, seine Truppen flüchteten nach verschiedenen Richtungen. Die Serben gaben Essad Pascha den Weg nach Durazzo frei, und ein Teil der Truppen Essad Paschas zog siegreich in die Stadt ein. Essad Pascha soll in Zentralalbanien Herr der Lage sein.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 5. Mai.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche am morgigen Dienstag abend im Gewerkschaftshaus stattfindet, bringt u. a. einen interessanten Vortrag unseres Reichstagsabgeordneten Genossen Schwartz über Interessenpolitik oder Vaterlandsliebe. Das vollzählige Erscheinen der Mitglieder ist sehr erwünscht.

Die Tagesordnung der Bürgerschaftssitzung, die heute abend 6 Uhr im Rathause stattfindet, enthält außer den in der letzten Sitzung unerledigt gebliebenen Punkten noch folgende Beratungsgegenstände: Abänderung der Geschäftsordnung. Durchführung der Overbeckstraße bis zur Kronsforder Allee. Ankauf des Grundstückes Mengstraße Nr. 18 und Fünfhausen Nr. 30. Verwaltung des St.-Jürgen-Siechenhauses vor Travemünde. Erlaß eines Nachtrages zum Gesetz vom 16. Januar 1895, betreffend die allgemeine Kirchenkasse.

b. **Dritte Strafkammer** am 3. Mai. Der große Unbekannte. Zwei durchtriebene Spitzbuben beehrten im März unsere Hansestadt mit ihrem Besuch: der Kaufmann

K. und der Buchbindergeselle H. Sie kamen aus Hamburg herübergefahren und besichtigten in erster Linie mitnehmenswerte Sehenswürdigkeiten. Die Herren hatten sich im „Hotel zum verschlossenen Riegel" kennen gelernt. Ihre erste Aufwartung machten sie in später Stunde bei einem Optiker in der Königstraße, wo sie in Abwesenheit des Verkäufers für etwa 2000 Mk. kostbare Feldstecher und Prismen als Reiseandenken mitnahmen. Zwei Stunden später klirrte hinter St. Petri eine Scheibe, hinter der einige zur Auslage liegende Revolver hervorgeholt wurden. Nach diesem Einkauf wurden sie abgefaßt. Als sie die Herkunft der Feldstecher angeben sollten, erfand der Kellner K. diese nette Geschichte: er sei von Hamburg mit 80 Mk. in der Tasche auf Grund einer Postkarte herübergefahren, um einen Handel abzuschließen. Im Hansacafe habe er den „englischen Willi" getroffen — dessen richtiger Name er nicht kenne — und dieser habe ihm die Optikerwaren für 180 Mk. bei 60 Mk. Anzahlung verkauft. Die Sache war von dem oft vorbestraften Kellner zu dösig angefangen, denn morgens um 2 Uhr wurde der Diebstahl erst ausgeführt und um 4 Uhr erfolgte die „polizeiliche Anmeldung" der Diebe — es war also eine Karte, die ihn nicht erreichte. Mit der vorgetäuschten Hehlerei war's nichts, der schwere Rückfallsdiebstahl lag klar vor Augen. Die kurze Gastreise erleidet bei K. eine zweijährige und bei H. eine fünfvierteljährige Unterbrechung, die im hiesigen Zuchthaus endet. 5 Jahre Ehrverlust kommt für beide hinzu. — Ein kleiner Gernegroß, 14 Jahre alt und von Beruf Fischerknecht, kam hin und wieder zu einer Nachbarin. Zweimal verschaffte er sich gewaltsam Einlaß, um nach dem Rechten zu sehen. Er wollte nämlich etwas Kleingeld haben, das bei dem Knirps scheints rar war. Nach dem ersten Versuch bekam er Angst, beim zweiten holte er aus einer Pappschachtel in der Kommode 4 blanke Mark heraus, mit denen er nach dem Kientopp wanderte. Für den größeren Überbleibsel wurde eingekehrt und auch Süßigkeiten gekauft. Nicht weniger als 6 Monate wollte der Staatsanwalt dafür ansetzen, das Gericht hielt das Vergehen des jungen Burschen für eine Unbedachtsamkeit, setzte 3 Wochen Gefängnis aus und empfahl die bedingte Begnadigung. — Ein Fürsorgezögling. Welch schlechte, unverbesserliche Eigenschaften einem 18jährigen Menschen innewohnen können, zeigte wieder einmal die Verhandlung gegen den Fürsorgezögling Kr. Der Bursche verbüßte trotz seiner Jugend schon 1 Woche wegen Unterschlagung, dann wegen Bettelns, und zweimal 4 Monate wegen schweren Diebstahls. Aus dem Rettungshaus war er eines Tages ausgerückt, stieg in der Marlistraße durch ein offenstehendes Fenster, holte aus einer Kommode 117 Mk., kaufte sich einen Anzug und dampfte ins Westfalenland. Als er wieder zurückkehrte, wurde er in Bremen einer anderen Sache wegen festgehalten. Nun soll aufs neue eine dreimonatige Gefängnisstrafe bessernd auf den Schlingel wirken. — Dieb und Hehler. In der Zentralherberge wurden beim Kartenspielen einem Manne 2,85 Mk. aus der Tasche gestohlen. In Frage kamen der Arbeiter Sch. und der Zigarrenmacher G. Der erstere kommt mit drei Wochen davon, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind, der Zigarrenmacher erhält als Rückfallsdieb 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. — Unverbesserlich. Der 19jährige Hausdiener L. aus Ihehoe reist dieses Führungszeugnis auf: verurteilt wegen Betrugs zweimal, Unterschlagung einmal, Diebstahls dreimal, zuletzt mit 8 Monaten. Es scheint ihm gut im Gefängnis zu gefallen, denn kaum aus diesem entlassen, entwendete er in einer neuen Stellung einem Mitarbeiter Überzieher, Handschuhe und Zigarettenetui, im Gesamtwert von 35 Mark. Urteil: nochmals mildernde Umstände, aber 1 Jahr Gefängnis. — Noch so einer. Arbeiter nennt sich der eben aus dem Kittchen gekommene M. Heraus aus dem Loch holte er sich einen Anzug im Wert von 14 Mk., dessen rechtmäßigen Besitzes sich ein anderer erfreute. Im September ist er wieder freier Herr.

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung bei der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. In der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. März 1913 sind an Anträgen auf Gewährung von Renten und einmaligen Leistungen eingegangen: 753 Invaliden- und Krankenrenten-, 96 Altersrenten-, 79 Witwen- und Witwenkrankenrenten-, 148 Waisenrenten-, 42 Witwengeld- und 2 Waisenaussteuer-, insgesamt 1120 Anträge. Anerkannt wurden in diesem Zeitraume: 609 Invalidenrenten (zum Jahresbetrage von 104 232,00 Mk.), 96 Krankenrenten (20 218,80 Mk.), 74 Altersrenten (14 457,00 Mark), 48 Witwenrenten (3814,20 Mk.), 3 Witwenkrankenrenten (238,20 Mk.), 126 Waisenrenten (8 824,20 Mk.), 40 Witwengelder (3 163,20 Mk.) und 2 Waisenaussteuern für 2 Waisen (48,40 Mk.) Am 31. März 1913 liefen insgesamt 18 328 Renten, nämlich 14 447 Invaliden-, 1399 Kranken-, 1939 Alters-, 138 Witwen-, 9 Witwenkranken- und 396 Waisenrenten für 824 Waisen.

Saatenstand im Lübeckischen Staate Anfang des Monats Mai 1913. Nach den Meldungen der ehrenamtlichen Berichterstatter der 16 Saatenstandsberichtsbezirke hat das Statistische Amt für Anfang Mai folgende Saatenstandsnoten berechnet: (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering) für Winter-Weizen Nr. 2,1 (Anfang April 1913: 2,5), Winter-Roggen Nr. 2,4 (2,4), Klee Nr. 2,2 (Anfang Mai 1912: 4,0), Bewässerungswiesen Nr. 2,5 (2,4), andere Wiesen N. 2,6 (2,8). Der Frost im April hatte den Wintersaaten, besonders auf leichtem Boden, nicht unerheblichen Schaden zugefügt. Die letzten sehr warmen Tage und der vorher eingetretene warme Regen haben die Schäden aber ziemlich beseitigt. Die Frühjahrsbestellung ist beendigt; auf frühbestellten Flächen sind die Saaten unter dem Einfluß der ungewöhnlich warmen Witterung bereits aufgelaufen. Auch der Klee zeigt einen guten Stand. Umpflügungen wegen Auswinterung usw. brauchten nicht vorgenommen zu werden.

Schutz den Vogelnestern! Sobald die Zeit heran ist, daß Eier in den Vogelnestern liegen, erwacht in vielen Knaben der böse Trieb, die Eier auszunehmen. In einigen Fällen kommen die Eier in irgend eine Sammlung; in den meisten Fällen werden sie fortgeworfen und zertreten. Auf jeden Fall wird durch diese Nesträuberei in weitem Maße eine Zunahme der Vogelwelt verhindert. Nicht umsonst mahnt aber der alte Vers: „Nimmst du dem Vogel Nest und Ei, ist's mit Gesang und Obst vorbei." — Während nun bei den Eierdiebstählen keine Tierquälereien vorkommen, ist dies aber meistens der Fall, wenn die Plünderungen der Buben sich auf die ausgebrüteten jungen Nestvögel erstrecken. Rücksichtslos werden die kleinen, unschuldigen Tiere aus der elterlichen Behausung herausgeworfen, oder es wird anderer Frevel mit ihnen verübt. Dringend notwendig ist es, daß in den Schulen die Kinder über das Verwerfliche der Eier- und Nestlings-Räuberei belehrt und die angezeigten jugendlichen Täter mit empfindlichen Schulstrafen belegt werden. Auch die Eltern sollten solche Dinge ihrem Nachwuchs nicht ungestraft durchgehen lassen. Ein Menschenkind, das mitleidslos den Vögelchen ihre Kinder fortnimmt und mordet, ist in Gefahr, ein hartherziger, rücksichtsloser Mensch zu werden, der in späterer Zeit gewiß auch nicht zögern wird, gegen die eigenen Eltern undankbar zu handeln. Jung gewohnt, alt getan!

Ferienwanderungen. In den Pfingstferien werden wieder frohe Kinderscharen hinauswandern in die freie Natur, die sich gerade jetzt in ihrem schönsten Schmuck zeigt. Am Dienstag, dem 13. Mai, wird ein Ausflug nach dem Segeberger Kalkberge unternommen und am Mittwoch, dem 14. Mai, gehts nach Schwartau-Waldhusen. Karten für diese Wanderungen sind nur noch bis Freitag in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Arbeiterrisiko. Beim Kohlenlöschen auf einem an der Oelmühle liegenden Segler wurde am Sonnabend morgen der Hafenarbeiter Aug. Geertz so schwer von einem herabfallenden Kohlenstück im Rücken getroffen, daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Seinen Verletzungen erlegen ist jetzt der achtjährige Knabe Meyer, der am Sonntag, dem 27. v. M., auf dem Kulenkampkai beim Spielen zwischen die dortige Drehscheibe und deren Ummauerung geriet, wobei ihm beide Beine abgequetscht wurden.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat April 1913. Befördert sind: 1913: 822 633 Personen, 1912: 798 278 Personen, + 24 355 Personen. Eingenommen sind: 1913 86 716,44 Mk., 1912: 84 349,15 Mk., + 2 367,29 Mk.

Gefundene Gegenstände. Im Monat April ds. Js. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert bezw. angezeigt und nicht wieder abgefordert: Mehrere Portemonnaies mit und ohne Inhalt, sowie lose Geldbeträge, 1 gold. Kettenarmband, 1 gold. Kneifer, 1 silb. Damenuhr, 1 silb. Armband, 2 silb. Nadeln, 1 Dublee-Halskette, 3 Broschen, 1 Dublee-Damenuhrkette, 1 Revolver, 1 Nickelbrille, 1 Rosenkranz, 1 Lederfutteral, 1 Puppen-Sportkarre, 1 Hundeleine, 1 Paket mit Wäschestücken, 1 Paar Manschetten, 1 Pompadour, 2 Damenschirme, 1 Damengürtel, 1 Herren-Paletot, 1 Regenrock, 1 Knaben-Pelerine und mehrere Schulbücher.

Handelsregister. Am 3. Mai 1913 ist eingetragen 1. bei der Firma W. L. Behncke in Lübeck: An die Stelle des verstorbenen Liquidators Heinrich Ludwig Behncke ist der Konsul Heinrich Leo Behncke sen. in Lübeck zum Liquidator bestellt. Zur Vertretung genügen 2 Liquidatoren, deren einer Heinrich Leo Behncke sein muß; 2. bei der Firma Motorboot-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Die Gesellschaft ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 23. April 1913 aufgelöst. Die bisherigen Geschäftsführer Koch und Wachsmuth sind Liquidatoren.

pb. **Fundunterschlagung.** Festgenommen wurde ein Zimmermann aus Züllichau wegen Fundunterschlagung eines Trauringes gez. E. Burmester. Der Eigentümer des Ringes ist noch nicht ermittelt.

pb. **Ein Schwindler.** Ein Kaufmann aus Ratzeburg, der sich unter falschem Namen in einem hiesigen Hotel einmietete und sich durch unwahre Angaben Kredit verschaffte, wurde festgenommen. Der Festgenommene ist ein mit Zuchthaus vorbestrafter Mensch, er wird von mehreren Behörden steckbrieflich verfolgt.

pb. **Verhaftungen.** Ein Schlosser und ein Arbeiter von hier wurden festgenommen, weil sie in die verschlossene Wärterbude des Sportplatzes an der Luisenstraße gewaltsam eingedrungen und Zigaretten, Geld usw. gestohlen hatten.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 3. ds. Mts., mittags, ist aus einem am Moltkeplatz belegenen Neubau ein Fahrrad Marke „Victoria" gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell und Felgen, gerade Lenkstange, Freilauf mit Rücktrittbremse und die Polizeinummer 7488.

Johannes Tralow, der frühere Redakteur des sanft entschlafenen „Lübecker Tageblatts" und dramatische Dichter wurde von Direktor Heinrich Hagin ans Magdeburger Stadttheater berufen, um dort die Regie des Schauspiels zu übernehmen.

Kinderschutzkommission. Die Adressen der Mitglieder der Kommission lauten jetzt:

F. Rieckhoff, Vorsitzender, Loignystr. 18, Hth. I.
Frau Mehlis, Gr. Bauhof 7.
" Burmeister, Böttcherstr. 13.
" Niendorf, Düvekenstr. 14.
" Henze, Warendorpstr. 66, II.
" Böttcher, Warendorpstr. 19, part.
" Jaeckstat, Warendorpstr. 1/3, I.
" Kleinfeldt, Glandorpstr. 8, I.
" Blöß, Langer Lohberg 51, II.
" Schlomer, Schwartauer Allee 95.
" Schröder, Werderstr. 19, III.
" Engel, Elswigstr. 24 a, part.
" Hans, Elswigstr. 5a.
Arbeitersekretär F. Mehrlein, Johannisstr. 48.
Gewerkschaftsbeamter H. Radden, Johannisstr. 48.

Alle Fälle von Kinderausbeutung, Vernachlässigung und Mißhandlung melde man den Mitgliedern der Kommission, insbesondere dem Vorsitzenden.

Die Kinderschutzkommission.

Stockelsdorf. Parteiversammlung. Pflicht der Genossen und Genossinnen ist es, am Dienstag, dem 6. Mai in der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu erscheinen. Die Tagesordnung ist eine reichhaltige und wichtige.

Pansdorf. Die letzte Gemeinderatssitzung beschloß die Aufstellung einer Unternehmer-Arbeitsliste, die vom Gemeindevorsteher, dessen Beisitzern sowie den Arbeitgebern besorgt werden soll. Angenommen wurde ein Antrag, der die Versicherung der Gemeindediener gegen Beraubung in Höhe von 2000 Mk. bezweckt. Die von den früheren Chausseebauten herrührende Schuld der Dorfschaften Pansdorf, Gr.- und Kl.-Timmendorf und Luschendorf soll von der Gemeinde übernommen aber alsdann von den betreffenden Ortschaften wieder nach Anteil zurückgezahlt werden. Von dem Mitglied Dräger wurde beantragt, daß in Zukunft den Gemeinderatsmitgliedern je ein Exemplar der Tagesordnung einige Tage vor der Gemeinderatssitzung zur besseren Orientierung zugestellt werden soll. Der Antrag fand Annahme.

h. **Rensefeld.** Gemeinderatssitzung. Beschlossen wurde die Chaussierung der Lindenstraße von der Ranzauallee bis zum Ostende des Kirchhofes mit beiderseitigen Kantsteinen und Oberwasserableitungsrohre. Die Baukosten stellen sich auf 6800 Mk., wovon die Kirchengemeinde 1800 Mk. zu leisten hat, falls die Regierung den Beschluß genehmigt. Die aus der Gemeindekasse zu deckenden 5000 Mk. sollen mit 4½ % angeliehen werden. Die Amortisationsfrist ist auf 15 Jahre angesetzt. Genehmigt ist der Beschluß des Gemeinderats, laut dem der Beitragssatz zur Unterhaltung der nicht schaussierten Gemeindewege auf 30 % der Gebäudesteuer festgesetzt ist. Die Grandangebote sollen in einer der nächsten Sitzungen behandelt werden. An den Gemeindewegen sollen Hundertmetersteine zur besseren Orientierung bei Vergebung der Fuhren gesetzt werden. Der Klein-Pariner freiwilligen Feuerwehr wurden 70 Mk. zur Anschaffung eines neuen Schlauchwagens bewilligt mit der Voraussetzung, daß der Wagen Eigentum der Gemeinde bleibt. Der Antrag der Rensefelder Wehr wurde vertagt. Als Armenhausaufseher und Wegearbeiter wurde der Maurer Speth bestimmt.

Kiel. Die Nationalliberalen betteln um die Stimmen des Fortschritts! Das nationalliberale Liebeswerben um die Gunst des Fortschritts wird durch das nachstehende Schreiben, das uns ein günstiger Wind auf den Redaktionstisch wehte, anmutig illustriert. Wir bringen es daher wortgetreu zum Abdruck. Es hat folgenden Wortlaut:

Vorstand des Provinzialausschusses des nationalliberalen Verbandes Schleswig-Holstein und Lübeck.

Kiel, 23. April.

An den Vorstand des Landesverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei für Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck, z. H. des Herrn v. Eicken, Hamburg.

Bei den am 16. Mai stattfindenden Wahlmännerwahlen werden voraussichtlich in manchen Bezirken Stichwahlen zwischen sozialdemokratischen und bürgerlichen Wahlmännerkandidaten nötig werden. Wir halten es für dringend geboten, daß die bürgerlichen Parteien hierbei gemeinsam eine scharfe Stellung gegen die Sozialdemokratie einnehmen. Deshalb gestatten wir uns die Anfrage, ob Sie bereit sind, mit uns für diese Wahlmännerkandidatenstichwahlen unbedingte gegenseitige Unterstützung zu vereinbaren. In Anbetracht der Kürze der Zeit und der notwendigen Vorbereitungen zur Wahl bitten wir Sie ganz ergebenst um gefällige Antwort bis zum 7. Mai.

Mit vorzüglich Hochachtung ergebenst
Der Vorstand des nationalliberalen Landesverbandes für Schleswig-Holstein, Lauenburg und Lübeck.
J. A.: gez. Prof. Dr. Meyersahm, Schriftführer.

Aus Angst vor der Sozialdemokratie suchen die Nationalliberalen mit den Fortschrittlern, mit denen sie sich bisher in Schleswig-Holstein wie Katz und Hund vertrugen, wieder unter eine Haube zu kommen. Wird der Fortschritt würdelos genug sein, sich diesem Angstblock einreihen zu lassen? Wir trauen ihm vieles, also auch dieses zu. Dann würde aber auf ihn passen, was er den Drehscheibenleuten mit Recht zum Vorwurf macht, der gänzliche Mangel an wahrhaft liberalem Empfinden. Bis zum 7. Mai haben ja die führenden Männer des schleswig-holsteinischen Fortschritts Zeit, es sich zu überlegen, was sie tun wollen. Gehen sie auf die Lockungen der Nationalliberalen ein, dann beweisen sie damit, daß sie zu der einen reaktionären Masse gehören und kein ehrlicher Liberaler wird dann mehr dieser angeblichen Fortschrittspartei angehören dürfen.

Wilhelmshaven. Zu den Wilhelmshavener Polizeiheldentaten anläßlich der Maifeier der Rüstringer Arbeiterschaft wird noch geschrieben: In den letzten Jahren gestattete die Wilhelmshavener Polizei stets die Benutzung der Straßen mit Ausnahme der engen Hauptstraße. Als die Versammlungsteilnehmer diesmal das Lokal verließen, stießen sie gleich an der preußischen Grenze auf ein starkes Polizeiaufgebot. Der kommandierende Kommissar erklärte, daß die Straßen nach Wilhelmshaven für den Spaziergang gesperrt, die Straße ins Rüstringer Gebiet aber freigegeben sei. Der erste Teil der Passanten schwenkte auch ab, später blieben aber einzelne Gruppen stehen und gaben ihrer Meinung über die Straßensperrung unverholen Ausdruck. Bald war die Neugier stärker, als die Polizei unerwartet Verstärkung erhielt. Dem Befehl der Polizei, weiterzugehen, kamen nur wenige nach und es bildete sich ein Knäuel, der unmöglich weichen konnte. Als aus den Massen Hochrufe auf die Sozialdemokratie erschollen, war es mit der Ruhe des Kommissars vorbei; er forderte kurz hintereinander nochmals zum Auseinandergehen auf und als dem nicht entsprochen wurde, wurde von der Waffe Gebrauch gemacht. Bis jetzt haben sich als verletzt sechs Erwachsene und ein Kind gemeldet, die sich in ärztliche Behandlung begeben mußten; ein Passant hatte derartige Verletzungen erlitten, daß er dem Hospital zugeführt werden mußte. Falsch aber begreiflich war es, daß, als ein bekannter Genosse verhaftet werden sollte, ein Passant nach dem Schutzmann mit einem Stock schlug, worauf einige seiner Kameraden dann blindlings auf die Menge einhieben. Die bürgerliche Presse und der offiziöse Telegraph veröffentlichte einen Polizeibericht, der natürlich alle Schuld auf die Passanten abwälzt. Es wird von einem geschlossenen Zuge gesprochen, mit Steinen soll bombardiert, „Nieder mit dem Kaiser!" gerufen sein usw. Obschon sich unter den Passanten auch Syndikalisten befanden, die den Versammlungsbesuchern ein Flugblatt in die Hand zu drücken sich erlaubten, sind derartige Rufe auch von unbeteiligten Beobachtern nicht vernommen worden. Der ganze Bericht zeigt nur, wie die preußische Polizei ihr unbesonnenes Vorgehen zu rechtfertigen versucht. Sie könnte sich an ihren oldenburgischen Kollegen ein Beispiel nehmen, denn der Gang durch Rüstringen vollzog sich ohne Störung, so daß die Vormittags- und Nachmittags- resp. Abendfeiern den befriedigendsten Verlauf nahmen. Der Vorgang dürfte noch ein gerichtliches Nachspiel haben; ein Passant, der in die Menge geraten war und von einem Schutzmann durch einige Säbelhiebe verwundet wurde, hat bereits Strafantrag gestellt.

Geesthacht. Folgenschwere Explosion. Auf der Dynamitfabrik Krümmel erfolgte Sonnabend nachmittag in der Nachscheidung der Ölfabrik eine Explosion. Getötet wurde der Arbeiter Lorenz Dankowsky.

Bremen. Neunstündige Arbeitszeit in den bremischen Häfen. In verschiedenen Betrieben der Stauerei-Unternehmer und bei der Bremer Lagerhausgesellschaft ist seit dem 1. Mai an Stelle der zehnstündigen die neunstündige Arbeitszeit eingeführt worden auf Grund einer zwischen den betreffenden Unternehmern und dem Transportarbeiterverbande getroffenen Vereinbarung. Ein schöner Erfolg der Organisation. Auch auf dem vom Staate verwalteten Weserbahnhofe ist dieselbe Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Hoffentlich erhalten auch alle übrigen Staatsarbeiter bald mindestens den neunstündigen Arbeitstag, wie ihn ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Fraktion der Bürgerschaft fordert. — Die Budgetberatung wurde am Mittwoch in der Bürgerschaft beendet. Die Sozialdemokraten stimmten nicht für das Budget, die Gegenabstimmung unterblieb. Genosse Rhein kritisierte, daß die Walldeputation den Arbeitern zwar das Endgehalt von 4,20 Mk. auf 4,60 Mk. erhöhte, aber den Anfangslohn von 4,20 Mk. auf 3,80 Mk. herabsetzte. Das sei völlig ungerechtfertigt. Er forderte, daß diese Lohnminderung wieder beseitigt werde. Nun müssen die Steuersucher in Funktion treten, damit Gold in den Staatssäckel kommt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Verkauf (3642)

lebender Butt

am Dienstag, dem 6. Mai 1913

vormittags von 8 Uhr ab an der

Holstenbrücke,
Entiner Brücke,
Struckfähre,
Hüxtertorbrücke und
Drehbrücke.

Holzarbeiter-Verbd.

Zahlstelle Lübeck.

Am 2. Mai verstarb unser Mitglied der Tischler

Johs. Heinr. Krohn.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, dem 6. Mai.

Die Kollegen versammeln sich zur Teilnahme um 1¼ Uhr am Trauerhause Schützenstraße 58.

(3648) **Die Ortsverwaltung.**

Am Freitag, nachts 12 Uhr, entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann und meiner Kinder guter Vater, der Tischler

Johann Heinrich Krohn

im 68. Lebensjahre.

Tief betrauert von mir, meinen Kindern und Angehörigen

Sophie Krohn
geb. Jakobsen.

(3649) Trauerfeier am Dienstag 1¼ Uhr im Trauerhause Schützenstr. 58. Beerdigung auf dem Vorwerker Friedhof.

Gesucht ein junger Knecht

in eine Wäscherei im Alter von 16 bis 17 Jahren. Angebote unter **A 3** an die Expedition d. Bl. (3641

12 Ruten Land zu verpachten.
(3647) Näheres Stavenstraße 182.

Bienenfleiß

Allerfeinste Qualitäten deutschen Naturhonigs u. Raffinade.

Karl Häuer & Co. Wallhalbinsel. Fernr. 891 (3683

Neue Subskriptions-Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch **für nur 25 Pfennig**

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:

Carl Hagenbeck

Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in

Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.

Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.

„Ein Volksbuch im besten Sinne" ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbeck Der [illegible] Name läßt vor den Augen die seltsam anziehendsten Bilder [illegible] von fernen Erdteilen, deren Jagdgründe die [illegible] der Zoologischen Gärten der Welt durchstreifen, dem fast [illegible] verdanken. Allgemein bekannt sind die [illegible] Tiere, die Löwen, Tiger, Bären und andere in den Tiere [illegible] Beieinander zusammenhausen läßt. Carl Hagenbecks Aufzeichnungen sind

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung.

Auch für die **reife Jugend** bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, **wie es sich besser nicht denken läßt.**

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu Herzen gehendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist **Carl Hagenbecks Werk** keine bloße Unterhaltungslektüre, es ist ein **Bildungselement ersten Ranges.** Ein neuer **„Brehm"** liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

80000 Exemplare bereits verkauft

Das Werk ist auch in einem Bande zum Preise von M. 6.— zu beziehen von der Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Gefl. ausfüllen **Bestellschein** und einsenden

An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co

Unterzeichnete... bestellt hierdurch

Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen

Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 6,25 M. nebst einer Einbanddecke für 75 Pf.
Wöchentlich 1 eine Lieferung zugestellen.
Dasselbe, komplett in 1 Band für M. 6.—
(Nichtgewünschtes ist zu durchstreichen.)

Name und Stand: _____

Genaue Adresse: _____

Stadtkapelle.

Nach einer Geschäftstätigkeit von 35 Jahren sehe ich mich genötigt, wegen meines Gesundheitszustandes die Leitung der Stadtkapelle niederzulegen. Indem ich für das Vertrauen, das mir in den langen Jahren vom Publikum entgegengebracht wurde, bestens danke, bitte ich, dieses der Stadtkapelle unter der neuen Leitung von Herrn **Rob. Sulanke** weiter erhalten zu wollen.

Hochachtungsvoll

Fritz Oldenburg, Musikdirigent a. D.

Auf obiges Bezug nehmend, übernehme ich mir dem 1. Mai die Leitung der Stadtkapelle, die auf 30 Mann verstärkt ist und bitte das geehrte Publikum, das Vertrauen, das meinem Vorgänger in so hohem Maße bewiesen wurde, auch auf mich übertragen zu wollen. Ich verspreche hiermit, jeden Auftrag pünktlich auszuführen.

Hochachtungsvoll

Rob. Sulanke,
Geschäftsführer und Dirigent der Stadtkapelle,
Morkerkenstraße 17, III. Telephon 9045. (3653

Von den beliebten

Gesellschafts- und Unterhaltungsspielen

sind wieder neue Sachen eingetroffen; ebenso

Baukasten, Plastilinkasten

zum Formen von Figuren u. a. m.

Allen Lesern des „Lübecker Volksboten" sehr zu empfehlen.

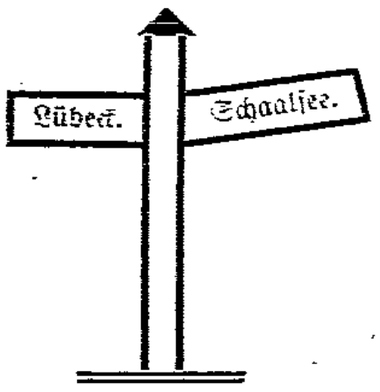
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Meierei Schwartau

Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (368

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"

Pfingsten 1913. ✻ 2-Tage-Tour. (3645



Sonntag, den 11. Mai:

Ab Lübeck 8.20 morgens. Ab Ratzeburg 8.48. Eintreffen der Kieler und Hamburger Genossen 8.50.
Gemeinschaftlicher Abmarsch über Back, Lüneburger Berg, Lassahn (Nachtlager).

Montag, den 12. Mai:

Lassahn, Zarrentin, Ratzeburg.
Abfahrt abends.

Kosten für Fahrt und Logis ungefähr 3 Mk.

Anmeldungen, auch für Nichtmitglieder, bis **Mittwoch,** den 7. Mai im Gewerkschaftshaus (Briefkasten des Vereins). **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 6. Mai 1913
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. **Interessenpolitik oder Vaterlandsliebe.**
   Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Th. Schwartz.
2. **Die Jubiläumsfeier.**
3. **Verschiedenes.**

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

(3654 **Der Vorstand.**

Stoffe und Reste

passend zu **Damen- und Kindergarderoben,** werden billig zu Fabrikpreisen abgegeben.

(3610 **A. Studt,** Krähenstraße 18.

Bestes **Rapoda** Schnell-Wasch. Mittel

Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Schneeweisse Wäsche.

Ueberall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg.

Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 **Taschenmesser** oder 1 **Schere** usw. (1823
10 „ 1 **echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel** usw.

Große Posten (3650

dicke Flomen

nur 70 Pfg. per Pfund

frische und gepökelte

Kochrippen pr. Pfd. von 30 Pfg. an.

Spezialität seit 30 Jahren

Kuheuter pr. Pfd. 65 Pfg.

Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14 16.
vorm. **M. Lahrtz.**

Jeden Dienstag und Donnerstag verkaufe in (3652 **Schwartau** auf dem Marktplatze von morgens 8—1 Uhr: Seefische, feinste dickfleischige Goldbutt und Gemüse billig.

Emilie Boy, Fischhandlung, Lübeck.

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.35** Mk. (3644

Uhren-Reparaturen. Goldwaren-Reparaturen.
Willi Westfehling
32 Holstenstraße **32**
(3594)

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf u. Umgeg.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 6. Mai
abends 8½ Uhr
bei Herrn L. Paetan in Fackenburg.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

(3646) **Der Vorstand.**

Neues Stadttheater.

Montag, den 5. Mai 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
192. V. i. Voll-Ab. 31. V. i. Mont.-Ab.

Der Freischütz.

Rom. Oper von C. M. v. Weber.
Opernpreise.

Dienstag, den 6. Mai 1913.
Anfang 8½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
193. V. i. V.-Ab. Außer Dienst.-Ab.
Sonder-Vorstellung:

Die Schiffbrüchigen

Schauspiel von Brieux.
Plätze zum Einheitspreis von 1 Mk. sind an der Tages- und Abendkasse auszulosen. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Mittwoch, den 7. Mai 1913.
Anfang 8½ Uhr. Ende nach 5½ Uhr
Außer Abonnement. Kleine Preise.
Ensemble-Gastspiel der
„English Classical Play".

Die Lästerschule.

Komödie von Sheridan.
Abends 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Der Kaufmann von Venedig.

Lustspiel von Shakespeare.
Mittelpreise. (3643

In Vorbereitung: „Der Widerspenstigen Zähmung". Oper v. Goetz.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 103. Montag, den 5. Mai 1913. 20. Jahrg.

Die Arbeiter Rußlands gegen den Panslavismus.

Die sozialdemokratische Fraktion der russischen Duma hat den sozialdemokratischen Parteien in Österreich und Ungarn folgendes Schreiben geschickt:

Werte Genossen!

Wir, die wenigen sozialdemokratischen Deputierten der vierten Reichsduma, strecken Euch über die Köpfe der reaktionär-bureaukratischen Clique und der liberal-chauvinistischen Opposition hinweg im Gegengewicht zu den slawophilen patriotischen Manifestationen die Hand hin mit dem Ausdruck brüderlicher Solidarität und sozialdemokratischen Grußes, Euch, den Vertretern der Arbeitermassen Österreichs und Ungarns.

Dank der Arbeit der internationalen Diplomatie, vor allem der russischen und der österreichischen, hängen über Europa noch immer die Wolken eines allgemeinen, blutigen Gemetzels und eines russisch-österreichischen Zusammenstoßes in erster Linie.

Unter der Hülle der Fragen über den serbischen Zugang zum Adriameer, über die Autonomie Albaniens, über Skutari usw. vollzieht sich der Kampf zwischen Rußland und Österreich-Ungarn um die Hegemonie auf der Balkanhalbinsel.

In dem Zusammenstoß zwischen Rumänien und Bulgarien finden wir ebenfalls die österreichisch-ungarischen und die russischen Einbläser, die zu ihrem Gewerbe die Erregung und Aufstachelung der Appetite der Kleinstaaten machten, um an deren Zwistigkeiten und Feindseligkeiten Pläne neuer imperialistischer Ränke zu schmieden.

Und jede dieser nebensächlichen Fragen, an denen die verantwortlichen und unverantwortlichen Diplomaten es versuchen, das Machtverhältnis zu bestimmen, kann zum Ausgangspunkt eines neuen blutigen Abschnittes der Schmach der europäischen Geschichte werden.

Ist ein jeder Versuch, zwei Völker zum feindlichen Zusammenstoß zu bringen, nach dem Ausdruck des Baseler Internationalen Sozialistischen Kongresses ein Attentat gegen Humanität und Verstand, so würde ein Krieg zwischen Rußland und Österreich, ein Krieg, der zu einem wilden Aufeinanderloschlagen von Nationen und Rassen würde, eine wahre Verkörperung des Wahnsinns sein.

Den Völkern Rußlands ist kein Grund bekannt, der imstande wäre, einem solchen Verbrechen auch nur einen Schatten von Sinn zu verleihen.

Die Bauernmassen Rußlands haben nichts auf dem Balkan zu suchen. Sie bedürfen gründlicher Agrar- und Steuerreformen — innerhalb des eigenen Landes. Das ruinierte und hungernde russische Bauerntum ist kein Träger des Imperialismus, es ist nur sein Opfer. Das gleiche bezieht sich auch auf die von dem Militarismus bedrückten Massen der kleinbürgerlichen Stadtbevölkerung.

Noch weniger kann zur Stütze des Abenteuer-Imperialismus das russische Proletariat werden, die durch das heutige Regime der politischen Rechtlosigkeit, polizeilicher Willkür und nationalistischen Bacchanalien am meisten geschädigte Klasse.

Wie Ihr der österreichisch-ungarischen Diplomatie das Recht absprecht, im Interesse der feudalen und kapitalistischen Cliquen die Schicksale der Balkanvölker zu schneidern und zu meistern, erklären auch wir: die Petersburger Diplomatie hat auf dem Balkan nichts zu suchen, wie auch die Balkanvölker von den Petersburger Diplomatenkanzleien nichts zu erwarten haben. Die Völker des nahen Ostens müssen sich mit den eigenen Kräften auf ihrem Territorium, auf der Grundlage einer sowohl von Rußland als auch von Österreich-Ungarn unabhängigen demokratischen Föderation einrichten.

Dieser Standpunkt vereinigt uns sowohl mit Euch als auch mit den Bruderparteien auf dem Balkan. Wir bitten Sie, werte Genossen, dessen sicher zu sein, daß das russische Proletariat, das sich von der Erstarrung der Konterrevolution bereits aufgerichtet hat, seiner Bedeutung und Pflicht bewußt ist und im entscheidenden Augenblick verstehen wird, die Mächtigen dieser Welt zu zwingen, seinem Willen Rechnung zu tragen.

In unserem Kampfe für den Frieden wie in unserer gesamten Tätigkeit fühlen wir uns mit Ihnen durch die unzerreißbare Einheit der Aufgaben und Ziele verbunden. Wir haben gemeinsame Feinde und gemeinsame Freunde.

Diese durch nichts getrübte sozialistische Solidarität stärkt unseren Mut und unsere Zuversicht inmitten des schauderhaften Tobens chauvinistischer Leidenschaften.

Mit Verachtung weisen wir die deutsch- und österreichisch-feindliche Agitation des russischen Liberalismus zurück, der es versucht, die wilde Aufhetzung des russischen Volkes gegen die Deutschen und alles Deutsche mit der Farbe des Fortschritts zu bestreichen. Mit Stolz erklären wir uns für treue Schüler des deutschen Sozialismus.

Es lebe der Frieden und die Brüderlichkeit der Völker!

Es lebe das Proletariat Österreichs und Ungarns!

Es lebe die unabhängige demokratische Föderation auf dem Balkan!

Es lebe der internationale Sozialismus!

Mit brüderlichem Gruß

Die sozialdemokratische Fraktion der vierten Reichsduma.

Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker im Kreuzfeuer.

Die bürgerliche Presse beteiligt sich fast ohne Ausnahme an dem Haberfeldtreiben gegen die Buchdruckertarifgemeinschaft. Freisinnige, nationalliberale, hoch- und freikonservative, antisemitische und sonstige Zeitungen mit nicht deklarierter und doch so unverkennbarer Tendenz — alle betonen sie mit einem Ernste, der zum Lachen reizen müßte, daß dem armen Gutenbergbunde nun endlich sein so lange ihm vorenthaltenes „Recht" werden müsse. Die Zentrumspresse natürlich allen voran. Wie haben sich doch die Zeiten geändert! Vor etlichen Jahren noch nannte ein Blatt in einer stramm zentrumstreuen Stadt den „Gutenbergbund" eine rühmlichst bekannte „Schmarotzerpflanze im Buchdruckgewerbe"!!

Am auffälligsten war das Verhalten der „verchristlichten" „Sozialen Praxis". Diese Wochenschrift der Sozialreformer kennt die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe genau, denn sie sagt selbst, sie verkenne gewiß nicht die „Summe von historisch-traditionellen Hindernissen und Bedenken", die sich dem Verlangen des Gutenbergbundes entgegenstellen lassen; „aber vom Standpunkte der heutigen Verhältnisse aus betrachtet, sind die Forderungen des Gutenbergbundes Notwendigkeiten der Gleichberechtigung und einer gesunden Tarifgemeinschaftspraxis", die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker dürfe sich „um gewesener Dinge und Traditionen willen nicht den modernen Forderungen des Tages verschließen". Das ist starker Tabak. Denn die angeblich gewesenen Dinge erleben gegenwärtig in Oesterreich durch den Gutenbergbund eine so kräftige Wiedergeburt, daß man diese den Unternehmern von jeher dienstwillige Sonderorganisation in all ihren in Deutschland vollbrachten Bravourstücken von neuem erkennt.

Die tarifliche Rechtsprechung durch die Schiedsgerichte ist dem Gutenbergbunde ein besonderer Angriffspunkt; wenn er dabei mitwirken könnte, wäre natürlich die vollste Unparteilichkeit gewährleistet. Es kommen jedoch im Laufe eines Jahres vielleicht 10 oder 15 Fälle in ganz Deutschland vor, in die Gutenbergbündler verwickelt sind, sie könnten aber in reichlich zwei Drittel der Schiedsgerichte nicht einmal Vertreter entsenden, weil sie an den betreffenden Orten überhaupt keine Mitglieder haben! Außerdem spielt die Organisationszugehörigkeit weder vor den Schiedsgerichtinstanzen noch im Arbeitsverhältnis irgend welche Rolle, denn der deutsche Buchdruckertarif garantiert ausdrücklich die vollste Koalitionsfreiheit. Allerdings sind von Zentrumsdruckereien Pressionen zugunsten des Gutenbergbundes genügend bekannt geworden, indes gilt schon eine dahingehende Androhung als Tarifverletzung. Es ist also dem Gutenbergbunde von den christlichen Gewerkschaften ein Größenwahnsinn eingetrichtert worden, der seinesgleichen sucht. Wenn die „Soziale Praxis" daher ermahnt, jedem das Seine zu geben, so weiß man nicht, ob sie sich selbst verhöhnt, wenn sie sich zum Fürsprecher des Verlangens macht, dem Gutenbergbunde in allen Tarifinstanzen das Vertretungsrecht zu sichern, denn sie weiß, daß selbst die Unternehmerorganisation im vergangenen Oktober unter Zustimmung der eifrigsten Protektoren des Gutenbergbundes, der Druckereibesitzer von Rheinland-Westfalen, ihm bis zum 1. April d. J. die weitgehendsten Rechte eingeräumt wissen wollte, wobei erklärt wurde, dieses Suum cuique sei so zu verstehen, daß der „christlichen Buchdruckerorganisation bei einem künftigen Tarifabschluß (1916) Sitz und Stimme im Tarifausschuß zuteil werden soll. Sitz hat übrigens der Gutenberg seit 1901 in dieser Instanz. Außerdem kann der Gutenbergbund in den Fällen, wo Mitglieder von ihm in Frage kommen, bei Entscheidungen der letzten Instanz (Tarifamt) hinzugezogen werden.

Obwohl es klar und zweifelsohne war, daß die Tarifausschußsitzung den Gutenbergbund glatt abfallen lassen mußte, weil sein Verlangen, Abänderungen des geltenden tariflichen Rechtes bedingte, hatte dessen Organ die Stirn, im „Interesse der Tarifgemeinschaft" zu schreiben: „Der Gutenbergbund beschränkt sich dabei nur auf solche Wünsche, die sich in allen Fällen ohne Abänderung der vom Tarifausschuß im September-Oktober 1911 beschlossenen Bestimmungen erfüllen lassen", und die „Soziale Praxis" meinte biedermännisch, der Tarifausschuß könne im Verwaltungswege durch Ausführungs- und Auslegungsvorschriften manchen Erfahrungen und Reformwünschen . . . Rechnung tragen!" Da die Befolgung der tariflichen Bestimmungen „nach dem Grundsatze von Treu und Glauben" zu erfolgen hat, wie es in dem dem Buchdruckertarife vorangesetzten Motto heißt, so läßt sich eine größere Mogelei als die beabsichtigt gewesene, nicht mehr denken.

Der Verbandsvorsitzende Döblin durchkreuzte jedoch zu Beginn der Verhandlungen des Tarifausschusses diese sauberen Pläne mit einer sehr deutlichen Anklagerede, versetzte dem Gutenbergbunde so vernichtende Schläge, sagte den Protektoren des Gutenbergbundes derart unverblümte Wahrheiten, daß dessen Partie von vornherein als verloren gelten mußte. Er erklärte rund heraus, daß die Verbandsgehilfen infolge der fortgesetzten Denunziationen und Provokationen des Gutenbergbundes für dessen Wünsche einfach nicht zu haben seien; wenn dieser sein Verhalten gegenüber der Tarifgemeinschaft nicht ändere, dann wäre sein Verlangen auch nach Ablauf der Tarifperiode für die Gehilfenvertreter undiskutabel. Döblin erklärte, der Verband werde seine sämtlichen Vertreter aus allen Tariforganen zurückziehen, dann gäbe es keinerlei „Bevorrechtigung" mehr. Von der Prinzipalität verlangte Döblin, ob sie sich nicht von Tarif wegen verpflichtet fühle, gegen dieses Treiben des Gutenbergbundes Stellung zu nehmen. Um das Maß voll zu machen, brachte ein Münchener Prinzipalsvertreter den altenmäßigen Tatbestand einer gegen

Im Hochwald.

Roman von Gustav Hedenwind-Eritsson.
Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(8. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Der Knabe drehte sich wieder auf dem Absatz herum. Und das Mädchen fing an eine eigentümliche Melodie zu singen, während sie die Steine hin- und herlegte, und Herr Plan vernahm deutlich die Worte des Liedes:

Ich lache anstatt zu weinen,
Das ist's was den Herren gefällt,
Und blüh'n mir nur Kreuz und nur Kummer —
So ist nun einmal die Welt.

Ist sonnenklar auch die Wahrheit,
Ich ruf' ihr ein schallendes Nein,
Ich beug' mich im Staub vor dem Laster,
Denn also soll es ja sein.

Gehetzt, gejagt und geschunden,
Doch immer demütig und still —
Und muß ins Gefängnis ich wandern
Ich weiß, daß mein Bestes man will.

Ja, schön ist die beste der Welten,
Wer wollte da klagen und schrein?
Nimm dankbar vom Himmel dein Schicksal —
Es muß nun einmal so sein.

„Von wem hast Du das Lied gelernt?" fragte der Knabe und drehte sich nochmals herum.

„Von Onkel Philosoph!"

Herr Plan war erstaunt. „Philosoph und ihr Onkel? will doch mal näher untersuchen!"

Aber im selben Augenblick fegte der Knabe alle Steinchen von der Felsplatte herunter, und als das Prasseln wieder verstummte, fing er an zu lachen, aber das Mädchen weinte.

Da trat Herr Plan auf die Kinder zu, aber ehe er noch ein Wort mit ihnen gewechselt, kam eine junge dunkle Dame eilig aus dem Wald heraus. Sie trug ein schwarzes Kleid, ging in bloßen Haaren und gab dem Knaben böse Blicke. Ueber ihrer scharfen Nase wurden zwei tiefe Falten sichtbar und zeugten schon in ziemlicher Entfernung davon, daß mit Fräulein Flora — denn sie war es — nicht zu spaßen war. Sie fuhr den Knaben mit harten Worten an und ließ einen solchen Schwall von Scheltreden und Zurechtweisungen auf ihn herabströmen, daß sich kaum sagen läßt, was ihr das Wichtigere schien — die Züchtigung des Knaben oder die Befriedigung ihrer eigenen privaten Geschwätzigkeit, oder vielleicht wollte sie auch zwei Fliegen mit einer Klappe treffen.

Schließlich sagte sie: „Weiß der Himmel, wie lange ich nach Dir gesucht habe, Harald, und da muß ich Dich hier in solcher Gesellschaft finden. Mit Göran Malers Elsa!" Und sich an das Mädchen wendend: „Mach' daß Du fortkommst, Du Schmutzfink!" Und wieder zu dem Knaben: „O, Harald, Du machst mir graue Haare!"

Herr Plan, der bis jetzt stillschweigend daneben gestanden, sagte jetzt ruhig und sehr freundlich: „Seien Sie nicht so strenge, geehrtes Fräulein, die beiden sind ja doch nur Kinder."

Aber das hätte er besser nicht gesagt.

Das Fräulein stellte sich gerade vor ihm hin, bohrte ihre schwarzen Augen in seine und sagte herrisch und verweisend: „Was fällt Ihnen ein, mein Herr, Sie wissen offenbar nicht, mit wem Sie reden. Ich bin die Lehrerin und Erzieherin dieses Knaben, und er ist der Sohn des Inspektors. Ich habe volle Verantwortlichkeit für ihn übernommen und lasse mir von niemandem dreinreden. Soll mein Zögling mit Bettelkindern spielen? Ich weiß, was ich mir und ihm schuldig bin, und lassen Sie 's genug sein, mein Herr!"

Hiernach nahm sie den Knaben bei der Hand und schritt stolz und majestätisch von dannen.

Herr Plan sah der Dame nach, bis sie hinter den Büschen verschwunden war, aber dann trat er auf Elsa zu und fragte, wo sie wohnt, und wer Onkel Philosoph wäre.

Das Mädchen trocknete still ihre Tränen mit der Rückseite ihrer sonnengebräunten Hand ab und sagte, nachdem sie den fremden Herrn aufmerksam vom Kopf bis zu den Füßen betrachtet: „Ich wohn' bei meiner Mama. Und Onkel Philosoph sitzt zu Hause und macht Gedichte und singt den andern Onkeln was vor. Er kann wunderhübsch singen."

„Na, soll ich denn nicht auch Dein Onkel sein?" fragte Herr Plan und bückte sich lächelnd zu ihr nieder.

Die Kleine schwieg eine Weile, aber schließlich schüttelte sie den Kopf und sagte: „Nein! Sie sind zu fein für mich."

Aber da lächelte Herr Plan wieder und nahm sie bei der Hand und bat sie, ihn mit nach ihrer Mama zu nehmen.

Und das tat sie.

Ein Sänger, ein Klosterbruder in Lappenschuhen und ein neues Heim.

Nach der Begegnung mit Elsa und seinem Abenteuer mit der Erzieherin vom Inspektorshof an jenem schönen, stillen Herbsttage war Herr Plan mit den vier Brüdern bei Göran Maler bekannt geworden und war jetzt ein häufiger Gast in der Kate zwischen dem Steingeröll. Die Brüder sagten „Du" zu ihm — er gleichfalls zu ihnen. Sie sahen ihn gern bei sich, weil er so viel zu erzählen wußte, und wurde nicht müde, ihm zuzuhören, und ihm seinerseits war dieser Verkehr auch interessant. Wer sich vor allem seine Aufmerksamkeit zugezogen, war der Philosoph. Er war Liederdichter, und wenn er selbst auch häßlich war, klang sein Gesang doch so schön, daß man darüber die ganze Welt vergaß, und Herr Plan konnte sich nie satt hören. Es dauerte auch nicht lange, bis diese Lieder von einer Hofstelle zur andern wanderten und überall in den Walddörfern gesungen wurden.

Die Abende vorm Herdfeuer im „Felsengrab" — so hatten die Brüder die Kate getauft — verliefen jetzt oft sehr fröhlich und heiter.

Es war Sonntag und die Dämmerung brach herein. Am Fenster stand Elsa, lehnte sich an das Holzwerk und sah über den dunklen See, an dessem nördlichen Strand die Fackellichter der Fischer glommen. Zwischendurch betrachtete sie die Fledermäuse, die im Feuerschein, der aus der Kate fiel, gespenstisch vorbei huschten.

Aber am Herd saßen die Brüder und schnitzten Axtstiele, wobei sie die Lieder des Philosophen diskutierten. Der Dichter selber hüllte sich in Schweigen und schnitzte geduldig an seinem Stiel, als hielte er es unter seiner Würde, sich über seine eigenen Werke zu äußern, da es ja andere gab, die es mit größerem Vergnügen als er selber taten. Einmal hatte er behauptet, daß die Lieder aus der „Wohlke" die besten wären, aber das hatte ihm Domkapitel ernstlich verwiesen, und der war es letzten Endes doch immer, der bestimmte, welche Lieder als die besten gelten sollten, wenn auch alle anderen protestierten.

Nach einer Weile kam die Frau von der Arbeit nach Hause mit ihrem kleinen Sohne auf dem Rücken. Sie setzte sich sogleich an den Herd, nahm dem Kinde die Lumpen ab und fing an, den kleinen Körper mit Salbe einzureiben. Der Knabe war drei Jahre alt, hatte aber einen ebenso großen Kopf wie ein Erwachsener, obwohl sein Körper zart und schmächtig war. Die Balsamierung allein war indessen nicht genügend, sondern sie gab dem kleinen Ungeheuer auch etwas von der Salbe ein. Dabei verbreitete sich ein widerwärtiger Gestank in dem ganzen Raume. Aloë, Teufelsdreck, Kampfer, Terpentin und ranziges Fett hatten in der kleinen Blechdose, die in der Asche stand, sozusagen einen höllischen Bund geschlossen, der aber als das Arkanum dieser Gegend bei allen Frauen hoch in Ehren stand. Nicht nur die Brüder mußten niesen, schnoben und spuken, auch Göran hinter seiner Mauer knurrte leise. Von den Bergen klang der unheimliche Ruf

ihn als Leiter der Buchdruckerfachschule vom Gutenbergbunde beim Münchener Magistrat eingereichten Denunziation wegen Begünstigung des „sozialdemokratischen" Buchdruckerverbandes vor. Der Vorsitzende des Gutenbergbundes hielt darauf eine kreuzlahme Verteidigungsrede. Unschuldiger konnte ein neugeborenes Kind auch nicht hingestellt worden. Gegen Döblins Argumente müsse er protestieren. Wenn der Gutenbergbund in den Tariforganen vertreten sei, würden — seine Provokationen und Denunziationen gegen die Tarifgemeinschaft aufhören. So steht es zwar nicht wörtlich zu lesen im Protokoll, aber das läßt sich heraushören. Der weh- und demütige Appell um die weitere Gunst der hochmögenden Prinzipalität gehörte würdig in diese tapfere Verteidigungsrede hinein. Nachdem die Unternehmervertreter in einer Sonderberatung zu der durch das energische Auftreten der Gehilfenpartei verblüffend gewordenen Situation Stellung genommen hatten, erklärte der Wortführer der Prinzipale unter ausdrücklicher Anerkennung der Sachlichkeit Döblins, daß diese weder den Wunsch noch ein Recht hätten, jetzt eine Abänderung des Tarifes vorzunehmen. Für eine der Mitgliederzahl des Gutenbergbundes entsprechende verhältnismäßige Vertretung wäre die Prinzipalität später zu haben, von dessen weitgehenden Forderungen könne jedoch keine Rede sein. Die Art der Agitation, wie sie der Gutenbergbund in der Oeffentlichkeit und namentlich in der letzten Zeit getrieben habe, werde ihrerseits gemißbilligt. Das war eine ebenso komplette Verurteilung wie Absage für den um „sein gutes Recht" lärmenden Gutenbergbund; mehr noch für dessen Hintermänner, die nicht nur die christlichen Gewerkschaften, „verchristlichte" Sozialpolitiker, sondern auch Scharfmacher vom reinsten Wasser und scharfmacherisch geführte Buchdruckunternehmer sind. Mit seinem verlogenen Preßrummel hatte die „christliche" Buchdruckerorganisation trotz der Unterstützung aller bürgerlichen Parteien das gerade Gegenteil erreicht. Der Teufel mußte wohl den Vorsitzenden der Buchdruckerchristen leiten, als er nach dieser schweren Niederlage die Prinzipalität noch fragte, welche Art von Agitation des Gutenbergbundes denn gemißbilligt werde. Die offiziöse Antwort, daß damit dessen Angriffe auf die Tarifgemeinschaft, das Tarifamt, die Eingaben an Behörden und Taktlosigkeiten in seiner Presse und seinen Versammlungen über die Tarifberatungen von 1911 gemeint seien, gab dem sich so unschuldig gebärdenden Bundeshauptmann den Rest.

Der Verbandsvorsitzende Döblin hatte in seiner Rede auch den Unternehmern gründlich den Standpunkt klar gemacht über die eine scharfmacherische Richtung erkennen lassenden Vorgänge in ihrer Organisation die auf ihrer vorjährigen Generalversammlung Beschlüsse faßte, wie sie nur vom Rüstungsfieber eingegeben sein können. Namentlich das Verhalten des so gutenbergbundfreundlichen rheinisch-westfälischen Kreises in der Tariffrage kennzeichnete er. In der Gehilfenschaft hätten diese Geschehnisse eine starke Beunruhigung hervorgerufen, die Ansicht herrschte vor, daß der Prinzipalität nichts mehr an einer friedlichen Verständigung mit der Gehilfenschaft liege. Die Unternehmerpartei ließ darauf erklären, sie wolle einschließlich der rheinisch-westfälischen Prinzipale sich auch in Zukunft friedlich mit der Gehilfenschaft verständigen, von einem Frontwechsel könne nicht gesprochen werden, die Aufbringung größerer Geldmittel sei notwendig geworden, um ihre Organisation zu stärken. Döblin akzeptierte namens der Gehilfenvertreter diese Erklärungen und konstatierte, daß auch die Prinzipalität die Treibereien des Gutenbergbundes verurteile: wenn dieser darin fortfahre, werde ein Einschreiten der Tariforgane dagegen erwartet. Was 1916 werde, bleibe abzuwarten. Das Zurückziehen der Verbandsvertreter aus den Tarifinstanzen erledige sich durch diese unzweideutige Stellungnahme der Prinzipale.

Im weiteren Verlaufe wurde dem Gutenbergbunde indes großmütig gestattet, die Tarifbeiträge für seine Mitglieder nicht mehr einzeln, sondern korporativ an die Gehilfenvertreter abzuführen, wie es die beiden Hauptorganisationen der Einfachheit wegen schon immer tun. Darüber bestehen jedoch keine tariflichen Vorschriften, es handelt sich dabei um eine Erleichterung der Gehilfenvertreter. Wenn das Organ des Gutenbergbundes seinen Lesern als Ergebnis der Tarifausschußsitzung einstweilen kundgab: „Mitteilen können wir, daß die Wünsche, welche unsere Organisation zu dieser Tagung gestellt hatte, zum Teil Erfüllung gefunden haben", so ist damit zu erkennen gegeben, daß der alte plumpe Schwindel fortgesetzt werden soll. Größer konnte der Reinfall für diese selbst bei den christlichen Gewerkschaften in einem Isolierpavillon hausende „Organisation" sich gar nicht gestalten. Auch die mit widerlich scheinheiligen Gründen belegte Forderung der Zulassung des Redakteurs vom „Typograph" — eines Prachtexemplars der M.-Gladbacher Jesuitenschule — fiel glatt unter den Tisch.

Das heftige Kreuzfeuer, in dem die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker gestanden, hat sich also als wirkungslos erwiesen. Ob nochmals eine solche Schwindel- und Verleumdungskampagne in der Presse kommen wird, bleibt abzuwarten. Hoffentlich geht die Verbandsvertretung dann ebenso energisch ins Zeug. Auch der enragierteste Anhänger des Proporzes muß sagen, daß ein größerer Unfug mit dem Rechte der Minderheiten noch nicht getrieben wurde als hier. Wenn jedem das Seine werden soll, wie die „Soziale Praxis" fordert, dann hat der Gutenbergbund eben das Seine durchaus schon. Es ist ein frivoles Spiel, das da gegen die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker getrieben wurde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Prinzen als Offiziere.

Der Kaiser hat seinen künftigen Schwiegersohn, den Prinzen August von Cumberland, gleich nach der Verlobung zum Oberleutnant im Rathenower Husarenregiment ernannt. Wie die Scherlpresse nun in die Welt hinausposaunt, ist der Prinz am 2. Mai zum erstenmal nach seinem Garnisonort gefahren, um sich dort zu melden und im Kreise der Offiziere zu speisen. Nach der Hochzeit wird der Prinz auch so rasch nicht zum Dienst kommen, sodaß man wirklich fragen muß, ob diese Oberleutnantsstelle nicht als überflüssig gestrichen werden könnte.

Herr Dr. Carl Braband,

das unter die Konservativen gerutschte „fortschrittliche" M. d. R., unternimmt es mit dem ihm eigenen, jedem Hamburger von den Reichstags- und Bürgerschaftswahlkämpfen her wohlbekannten Wortschwall, seine Stellung beim „Fall Krupp" zu motivieren. Das mit ihm im Seiltanzen konkurrierende Hamburger Fremdenblatt muß ihm dazu seine Spalten leihen, fünf lange Spalten! Das Geschreibsel kann freilich nur als ein neuer Beweis dafür gelten, wie recht das Hamburger Echo hatte, als es schrieb, daß Dr. Braband, der sich und anderen besseres versprochen hätte, gegen die Berliner Luft nicht widerstandsfähig sei und im parlamentarischen Leben die Knochenerweichung bekomme. Schuld an dem Hinunterrutschen unter die Konservativen hat nach Herrn Braband nämlich — man staune — unser Genosse **Liebknecht**. Seine zweite Rede erweckte in dem „ganz linksliberalen" Herrn Braband die Ueberzeugung, an der er auch heute festhält, daß, selbst wenn sich die Enthüllungen vollen Umfanges als wahr erweisen, ihr Hauptziel darin lag, **durch eine taktisch außerordentlich geschickte Ueberrumpelung des Reichstags** der Wehrvorlage ein ernstes Hindernis in den Weg zu rollen. „Wer wie ich", so schreibt dieses Musterexemplar eines fortschrittlichen Volkstribunen weiter, „zum mindesten die Wehrvorlage als dem Grunde nach berechtigt anerkennt, hat das allerlebhafteste Interesse daran, daß solche **Stimmung** in der Bevölkerung und vor allem im Reichstag **nicht** aufkommt, wie der Abgeordnete Liebknecht sie mit seinen Reden zu erzeugen suchte. Daß eine Ueberrumpelung des Reichstags beabsichtigt war, ergab sich für jeden, der, wie ich, jeder Sitzung der Budgetkommission über den Heeresetat beigewohnt hat, schon aus der Tatsache, daß in ihnen von den sozialdemokratischen Mitgliedern fast jeder auch noch so geringfügige „Fall" zur Sprache gebracht wurde, der später im Plenum zum Vortrag gelangte, wogegen dieser wirklich wichtigen Tatsachen auch nicht mit einem Worte dort Erwähnung getan wurde, damit sie im Plenum wie eine ‚Bombe' einschlagen möchten." Wir glauben gern, daß diese Bombe, die ja ihre volle Wirkung getan hat, dem Herrn Dr. Braband, M. d. R., äußerst unangenehm war. Sie paßte ihm nicht in sein Konzept. Aber anstatt sich damit abzufinden, suchte er nach einem Karnickel und findet es in dem die allgemeine Hurrastimmung verderbenden hinterlistigen Dr. Liebknecht. Hoffentlich sieht sich unser Genosse nunmehr veranlaßt, wenn er mal wieder Enthüllungen zu machen hat, Dr. Braband gnädigst vorher um Erlaubnis zu fragen. Das wäre ganz nach dessen Mütze. Sozialdemokraten sollten überhaupt nur reden, wenn Dr. Braband es gestattet!

Die katholische Elle.

Dem Zentrum ist heute kein Vorwurf fataler, als der, eine konfessionelle, eine katholische Partei zu sein. Nachdrücklichst haben die Zentrumsfraktionen des Reichstages und des preußischen Landtags den konfessionellen Charakter ihrer Organisationen bestritten. Boshaft schält nun die Antibachemsche „Kölner Korrespondenz" den konfessionellen Kern aus dem Zentrumsaufruf zu den preußischen Landtagswahlen heraus:

„Der Wahlaufruf der preußischen Zentrumsfraktion ist eine entschiedene Desavouierung der Kölner Richtung. Die Unterzeichner des Aufrufs, an ihrer Spitze Dr. Porsch, erklären: Unsere Stellung zur **Polenfrage** wird durch unsere „Auffassung von Recht" bestimmt. Das kann aber nur die **katholische** Rechtsauffassung sein, die den Katholiken Polens Gerechtigkeit widerfahren lassen will, wie denn überhaupt die ganze Polenpolitik des Zentrums nur dann zu verstehen ist, wenn man von einer katholischen Parteibasis ausgeht. Der Wahlaufruf tritt ferner für die **religiösen** Orden ein. Was gingen die religiösen Orden das Zentrum an, wenn die Partei nicht auf katholischem Boden stände? Hat man jemals gehört, daß die Konservativen, die doch auch für Recht und Gerechtigkeit eintreten und auf christlichem, nicht aber katholischem Boden stehen wollen, in ihren Wahlaufrufen für die Orden den katholischen Kirche eingetreten sind? Weiter klagt der Aufruf über „**weitgehende Zurücksetzung der Katholiken**" im öffentlichen Leben. Warum tritt der Aufruf nicht auch für die **Juden** ein, die ebenfalls unter einer sehr weitgehenden Zurücksetzung im öffentlichen Leben leiden? Weil er von einer Partei ausgeht, die auf kath. Boden steht! Der Kampf gegen die **Sozialdemokratie**, so heißt es ebenfalls im Wahlaufruf, soll durch den „christlichen Glauben" geführt werden. Wir würden den Unterzeichnern des Aufrufes Schmach antun, wollten wir annehmen, daß sie unter dem christlichen Glauben etwas anderes als den katholischen Glauben verstehen.

Der Wahlaufruf ist also wieder eine Absage an die Kölner Richtung und ein neuer Beweis dafür, daß das Zentrum sich doch immer wieder auf **seine katholischen Traditionen besinnt**. Dr. Porsch beginnt allerdings nicht mehr mit dem katholischen Gruß „Gelobt sei Jesus Christus", wie er es in dem von ihm mitunterzeichneten Wahlaufruf vom 19. Januar 1872 tat, er nennt auch das Zentrum nicht mehr wie dazumal „die katholische Fraktion", aber er **mißt doch wieder nach katholischer Elle**, auch als Mitglied und Vorsitzender des preußischen Zentrums."

Dort gehört er hin!

Der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Major a. D. Placke ist aus dem alt-nationalliberalen Reichsverband ausgetreten und hat bei den Freikonservativen Unterschlupf gesucht. Seine Absicht, politische Gegner mit Ohrfeigen zu behandeln, hat ihm die Bezeichnung „Ohrfeigen-Placke" eingetragen.

Norwegen.

Das Frauenwahlrecht marschiert. Der Verfassungsausschuß des norwegischen Storthing hat einstimmig eine Vorlage beschlossen, die das allgemeine **staatsbürgerliche Stimmrecht** für die Frauen unter denselben Bedingungen wie für die Männer einführen soll. Die Anzahl der Wähler bei den politischen Wahlen wird dadurch um 225 000 erweitert. Die norwegischen Frauen besitzen schon seit dem Jahre 1907 das allgemeine Stimmrecht bei den **Kommunalwahlen**. Ein sozialistisches Mitglied des Verfassungsausschusses schlägt gleichzeitig vor, das Alter für die Gewährung des Stimmrechts auf das 21. statt das 25. Jahr festzusetzen.

---

eines Uhus, eine Eule schrie auf dem Dach und aus einer Ritze in der Wand kam eine Fledermaus hervor, flatterte einige Male in der Stube auf und nieder und verschwand zuletzt im Schlafgemach der Familie. Es war, als ob der niederträchtige Geruch jedes Lebendige aus seinem Versteck aufstöre.

Aber schließlich klatschte Elsa in die Hände und eilte mit dem Ruf: „Onkel Plan kommt!" zur Tür hinaus.

Bei diesen Worten tauchte das schrumplige Gesicht mit seinem Bartkranz und der langen Pfeife hinter dem Herd hervor und knurrte: „Kommt er jetzt ... ob er Elsa wohl wieder Geld schenkt?"

Domkapitel runzelte die Brauen und sagte: „Mußt Du denn immer nach Geld schreien? Denk' lieber an Dein seliges Ende!"

Damit ging die Tür auf und Herr Plan trat mit Elsa auf dem Arm über die Schwelle. Er nahm sogleich seinen gewöhnlichen Platz auf dem Hauklotz neben dem Herd ein und berichtete von einer neuen Idee, die ihm gekommen, und die er nicht dem Spott und den Vorurteilen der Menschen zu opfern gewillt sei. Sein Plan war, Ziegenhirte zu werden; höher hinauf im Gebirge wollte er eine Züchterei anlegen.

Die Brüder lachten über den Gedanken und nannten ihn ebenmerklich, aber Göran rief Elsa zu sich heran und flüsterte ihr leise etwas zu. Domkapitel hatte indessen ein Ohr nach jener Seite gerichtet und hörte, wie der Vater dem Kinde befahl, Herrn Plan um Geld anzubetteln.

„Göran!" rief der unbestechliche Richter. „Untersteh' Dich noch mal, Kinder betteln zu lehren, dann schmeiß ich Dir den Stiefel an den Kopf!"

Er war gerade dabei, einen ausgetretenen Stiefel unter der Decke hervorzuholen und Göran erschrak und sagte demütig: „Man' man nicht gleich böse; ich hab' mir doch nichts dabei gedacht."

„Du bist nun mal wie Du bist, aber wenn Du noch dies mal [illegible], dann denk Dir was dabei!"

Während Domkapitel Göran diese wohlverdiente Zurechtweisung erteilte, ging Plan den Philologen um ein Lied an. Der Professor und Schnaufel konnten sich indessen nicht einigen, was er singen sollte und gerieten dieserhalb in ein lebhaftes Wortgefecht. Und da den Brüdern selbst jegliche Kraft zu einem selbständigen Entschluß fehlte, unterblieb das Singen, bis Domkapitel seinen Göran abgefertigt hatte und den Streit schlichten konnte.

„Nimm ‚Das Gebet des Holzhändlers'!" entschied er in einem Ton, der jeden Widerspruch ausschloß.

In [illegible] Kreis war der Philolog ungefähr wie ein automatisches Klavier, das jeder aufziehen kann, aber Domkapitel war der einzige, der es verstand, ihm die Noten einzusetzen.

Und jetzt kam „Das Gebet des Holzhändlers":

Im Sterben liegt der Herr Patron,
Das Grab ist schwarz und kalt.
Den Kranken schüttelt Fieberwahn,
Er denkt an seinen Wald.

Darauf folgt eine Beschreibung, wie er mit dem Pfarrer redet, der gekommen, um ihm das Abendmahl zu geben, und der Pfarrer warnt den Kranken vor irdischen Gedanken, die ihn an einen Ort bringen können, an den niemand kommen will.

Das Lied endigte:

Was frag' ich nach der Seligkeit,
Das Grab ist schwarz und kalt.
Ich will in alle Ewigkeit
Nur immer neuen Wald.

Aber kaum war der Gesang verklungen, als sich die Tür auftat und Jans Knecht Per Persa leise hereintrat. Er trug einen eigengemachten Rock und eine braune Sammetmütze, die Hosenbeine waren unten mit rotwollenen Bändern umwickelt und seine Füße steckten in weichen Lappenschuhen. Ueber der ganzen Erscheinung lag etwas Mönchisches und ein Katholik hätte ihn sicher für einen Klosterbruder gehalten.

„Hm, der Inspektor hat Eure Kate gekauft," fing er an, „und hm, ja morgen soll sie abgebrochen werden. Ihr müßt hier also nun raus, hm, sagte der Inspektor. Ich bin bloß rübergekommen, um Bescheid zu sagen, hm ja."

Damit schlich er hinaus, ebenso leise wie er gekommen war. Die Brüder sahen sich eine Weile an und sagten kein Wort, aber schließlich donnerte Domkapitel: „Verfluchter Jan! Entweder wollen wir der Kanaille den Hals umdrehen oder sonst laßt uns alle zusammen auch Inspektor werden, ein richtig gottverdammter, hundsgemeiner Inspektor."

Bei diesen Worten, die wie kriegerische Trompetenstöße die Stube durchschmetterten, stand Herr Plan auf, bot gute Nacht und verließ die Kate.

Aber kaum hatte er die Tür hinter sich geschlossen, da quarrte es auch schon hinter dem Schornstein: Na, Elsa, hat er Dir wieder was gegeben?"

Ein lautes Krachen weckte am nächsten Morgen die Bewohner der Kate, und vom Dach her klangen Stimmen und lustiges Lachen. Außer Göran stürzten alle ins Freie.

Draußen lag dicker Reif auf dem Steingeröll und dem moorigen Grund, und der See hatte im Laufe der Nacht einen so dichten Nebel ausgeatmet, daß nicht mal die nächsten Gehöfte zu sehen waren, aber die Störenfriede, die mit ihren Aexten und Brecheisen auf dem Dach herumwirtschafteten, hatten doch den Weg zu dieser elenden Behausung gefunden.

„Wollt Ihr uns obdachlos machen?" fing Domkapitel an, und die Gewalt seiner Stimme schien die Nebelmassen zu zerteilen. „Habt Ihr das Herz, uns jetzt, wo es zum Winter geht, auf die Straße zu werfen? Schämt Ihr Euch nicht, Jans Werkzeuge zu sein?"

„Aber wir kriegen ja bezahlt, richtig gut bezahlt!" riefen die Männer zurück, nachdem sie sich von ihrem Erstaunen erholt hatten.

„Und darum helft Ihr dem Werwolf gegen die, die noch schlechter dran sind als Ihr?"

„Jan ist wie er ist, aber wir kriegen gut bezahlt." Damit fingen die Leute wieder an zu arbeiten und hörten nicht weiter auf den Protest.

„O," brüllte Domkapitel, „von Rechts wegen sollt' man die Hauspfosten schütteln, daß Ihr wie Ratten unter den Trümmern begraben würdet. Dankt Gott, daß ich so langmütig und geduldig bin!"

Und Schnaufel fluchte und verlangte von Domkapitel ein „gemeinsames Sturmlaufen", aber der Professor machte nur eine Bewegung mit der Hand und sagte: „Ja, wir leben eben in einer brutalen Zeit."

Nach langem Parlamentieren hatte Domkapitel es endlich dahin gebracht, daß Grels sich erweichen ließ, seinen Kahnschuppen unten am Strande herzugeben und so viel Reparaturen gestattete, daß die Obdachlosen hier möglicherweise den Winter überstehen konnten. Worauf denn die Brüder und Görans Frau ihr Bestes taten, die neue Behausung in Stand zu setzen.

Es war wie bei den alten Wikingern, das Dach des Hauses bildete zugleich die Decke des Wohnraumes, aber die langen Eichenbänke und die erhöhten Ehrensitze jener Zeit fehlten, und so glich denn der Schuppen am meisten jenen anspruchslosen Hütten, in denen im fernen Steinalter unsere behaarten Vorfahren hockten.

Mitten auf dem Fußboden, der eigentlich einen Teil des Ufers ausmachte, war aus schwarzen Steinen, die aus dem See stammten, ein gewaltiger Altar gemauert, und hier brannte das ewige Feuer. Aber wenn auch alle Ritzen sorgfältig mit Moos verstopft waren und eine dicke Schicht Erde auf das Dach geschüttet war, so herrschte hier drinnen doch Winter. Die Brüder hatten deshalb in der einen Ecke eine Art Schlafkammer oder wenn man so will eine Art Fuchsbau eingerichtet, von dem Göran augenblicklich Besitz ergriff, sobald dies Gelaß aus Moos und Baumzweigen soweit fertig war, daß es einigen Schutz gewährte.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei.

Der Trinkspruch des Genossen Bebel. Die „Kölnische Zeitung" berichtet von dem gemeinsamen Essen des Reichstagsvorstandes, das kurz vor dem Beginn der Pfingstferien stattfand. Es handelte sich dabei um einen einfachen Akt parlamentarischer Höflichkeit, dem sich auch die fünf sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes nicht entziehen konnten. Sein Essen hat jeder Teilnehmer selbst bezahlt. Die „Kölnische Zeitung" berichtet weiter, daß Genosse Bebel einen Toast auf den Präsidenten ausgebracht habe. Das ist unwahr. Es sind bei dieser Gelegenheit keinerlei Reden gehalten worden.

Sächsischer Landesparteitag. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Sachsens beruft die diesjährige Landesversammlung auf Sonntag, den 22. Juni, nach Plauen i. V. ein. Neben den üblichen Berichten stehen auf der Tagesordnung noch Referate über die Gemeindewahlrechtsbewegung und über die Gemeindesteuergesetze.

Die Maifeier in Ungarn. Wie überall, so gestaltete sich auch in Ungarn die Maifeier diesmal imposanter als je zuvor. Alle Nachrichten, die aus dem Lande eingehen, zeigen, daß überall dort, wo die Arbeiter organisiert sind, die Maifeier unter großer Beteiligung begangen wurde. Überall fanden Versammlungen und Demonstrationszüge statt. In Budapest beteiligte sich wohl die ganze Arbeiterschaft am Demonstrationszuge, der auf 100 000 Teilnehmer geschätzt wird. Der Zug bewegte sich durch die verkehrsreichsten Straßen der Hauptstadt und erfuhr keinerlei Störungen. — Auch die Versammlungen in Temesvar, Preßburg, Arad, Raab, Komorn, Klausenburg, Kronstadt, Hermanstadt 2c. verliefen trotz des ungeheuren Andranges ruhig. Die Bergleute feierten selbst in den staatlichen Betrieben und hielten da ihnen öffentliche Versammlungen verboten waren, Zusammenkünfte in benachbarten Wäldern ab. Die zahlreich aufgebotenen Gendarmen versuchten, solche Versammlungen zu sprengen; die Zusammenstöße blieben aber auch hier unblutig. In den Landgemeinden litt die Maifeier unter den Gewalttätigkeiten der Behörden. Zahlreiche Nachrichten über Verbote von Versammlungen und Demonstrationszügen liegen vor. Die Genossen haben sich aber auch hier ungeachtet der behördlichen Schikanen nicht abhalten lassen, die Maifeier nach Möglichkeit würdig zu begehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zentrale Verhandlungen im Baugewerbe. Am 30. April wurden die Verhandlungen zu Ende geführt. Außer den bereits gemeldeten Bezirken und Landesteilen, für die eine Verständigung erzielt worden ist, wurde in den letzten Tagen solche noch erreicht für das gesamte Süd-Bayern und für das Elsaß. Alle übrigen Bezirke, vornehmlich das mitteldeutsche Gebiet, in dem wohl geringe Angebote gemacht wurden, und das ganze rheinisch-westfälische Gebiet, für das überhaupt kein Angebot erfolgte, blieben unerledigt. Die Unparteiischen erklärten, ihre Vorschläge am 1. Mai fertigzustellen und den Parteien zu überreichen, was dann in sehr später Abendstunde geschehen ist. Einleitend zu den Vorschlägen bemerkten die Unparteiischen, daß es bezüglich der geeinigten Lohngebiete im vollen Umfange bei der Einigung bleiben solle. Für die meisten strittig gebliebenen Gebiete bringen sie eine Lohnerhöhung von 4 Pfg. auf drei Jahre in Vorschlag, die sich in einigen größeren Orten um 1 Pfg., also auf 5 Pfg., erhöht und in vielen Orten, auch in den meisten rheinisch-westfälischen Industrieorten, noch um 1 Pfg., also auf 3 Pfg. vermindert. Für die Staffelung ist, soweit nicht eine Abweichung besonders vermerkt ist, folgender Grundsatz aufgestellt: 5 Pfg. Lohnerhöhung 2 + 2 + 1 Pfg. für jedes Vertragsjahr, bei 4 Pfg.: 2 + 1 + 1 Pfg. und bei 3 Pfg.: 2 + 1 + — Pfg. Wo Zweifel über die gegenwärtigen Grundlöhne bestehen, sollen letztere durch die bisherigen zweiten Instanzen festgestellt werden. Bezüglich der Verringerung der Differenz zwischen den Löhnen der Maurer und denen der Hilfsarbeiter heißt es in den Vorschlägen, daß dort, wo die Differenz mehr als 12 Pfg. beträgt, der Lohn für Hilfsarbeiter am 1. April 1915 allgemein um 1 Pfg. erhöht werden soll. In ähnlicher Weise sollen auch etwaige vorhandene Unterschiede zwischen den Löhnen der Maurer und denen der Zimmerer ausgeglichen werden. Über die Verkürzung der Arbeitszeit heißt es, daß dort, wo eine solche auf 9½ Stunden für nötig erachtet wurde, sie am 1. April 1915 eintreten soll. Dafür soll ein Lohnausgleich von 2 Pfg. gewährt werden. Nach diesem Vorschlage sollen eine Verkürzung der Arbeitszeit erhalten: Freiburg i. Br., Halle a. S., Karlsruhe i. B., Kassel, Darmstadt, Dortmund, Duisburg, Essen, Mainz und Stuttgart. Über die zugedachte Lohnaufbesserung lassen sich übersichtliche Angaben erst nach genauer Ordnung machen. Nur wenige Orte heben sich über den Rahmen einer Lohnsteigerung von 4 Pfg. hin. Vornehmlich sind es die Orte: Freiburg, Halle und Karlsruhe mit 7 Pfg., Bergedorf, Bremen, Hemelingen, Cassel, Darmstadt, Dortmund, Grömitz, Duisburg, Essen, Mainz, Stuttgart und Weserlingen mit 6 Pfg., Leipzig, Halle II, Görlitz, das oberschlesische Industriegebiet, Waldenburg in Schl., Oppeln, Stargard i. Pom., Stettin, Spandau, Rostock-Warnemünde, Schwerin i. M., Flensburg, Kiel, Oldenburg i. Gr., Lübeck, Braunschweig, Hildesheim, Nürnberg, Regensburg, Pforzheim, Mannheim-Ludwigshafen, Frankfurt a. M., Höchst, Offenbach, Helgoland, Cöln, Düsseldorf, Grünstadt, Alt-Rahlstedt, Ochsenzoll, Quickborn, Schnelsen und Wedel mit 5 Pfg. In wenigen Ausnahmen kommen noch einige Orte für Hilfsarbeiter oder Zimmerer mit 5 resp. 6 Pfg. in Betracht. Alle übrigen Orte werden nach den Vorschlägen der Unparteiischen mit 4 resp. 3 Pfg. abgefunden werden. Unter den letzteren Satz fallen fast alle Orte in Brandenburg, Hannover, Mecklenburg, Thüringen und dem großen rheinisch-westfälischen Industriegebiet. In diesem Gebiet soll die Staffelung meistenteils sogar nur 1 1 + 1 Pfg. betragen. Am 6. Mai, abends 6 Uhr, sollen die Parteien ihre Erklärung über Annahme oder Ablehnung der Vorschläge abgeben.

Zur Aussperrung im Malergewerbe. Der Unternehmerverband beweist immer mehr, daß er bei Inszenierung seiner Machtprobe seine Kräfte und seinen Einfluß bedeutend überschätzte. Schon sind eine große Reihe Städte abgefallen; 79 Städte haben überhaupt nicht ausgesperrt und es mehren sich die Lohngebiete, wo die Aussperrung völlig erlischt. Dort entsteht für die Unternehmer die Gefahr, daß bei günstiger Gelegenheit die Gehilfen auf den Abschluß eines Tarifvertrages drängen, wenn inzwischen kein Reichstarifvertrag zustande kommt. Und dabei wird die sicher noch zu erwartende günstige Sommersaison, nachdem das Frühjahrsgeschäft durch die Aussperrung gründlich verpfuscht wurde, gute Helfersdienste leisten, dazu kommt, daß in weiten Gebieten des Reiches von den Meistern ein neuer Tarifabschluß gewünscht wird, um wieder zu geordneten Verhältnissen und zu jener Sicherheit vor plötzlichen Ueberraschungen durch die Gehilfenorganisationen zu kommen, die man den Meistern jahrelang als den besonderen Wert des Tarifvertrags gepredigt hat. Ein Teil der Unternehmer aber, vor allem in Norddeutschland und im Rheinland, treiben die Scharfmacherei in unsinniger Weise weiter. Meist sind diese Scharfmacher allerdings Meister, die nichts zu verlieren haben. Die Zwangsmaßnahmen gegen die Unternehmer, die nicht in das Horn der Scharfmacher blasen, werden trotz der Erklärung des Ministers v. Sydow im preußischen Abgeordnetenhause ungehindert fortgesetzt, wenn auch mit recht negativem Ergebnis, denn die Aussperrung läßt sich künstlich und mit ungesetzlichen Mitteln nicht stützen. Ebenso wie auf die Entscheidungen der Aufsichtsbehörden pfeifen die Zwangsinnungen, die von Scharfmachern des Arbeitgeberverbandes geleitet werden, auf die erwähnte Ministererklärung, nach der die Zwangsbeschlüsse der Innungen und die dadurch verhängten Strafen ungesetzlich sind. So beschloß u. a. — nach den Debatten im preußischen Abgeordnetenhause — die Düsseldorfer Zwangsinnung folgendes: „Die Innungsversammlung hält an dem Beschluß vom 10. März ausdrücklich fest, und erweitert ihn dahin, daß auch das Unterzeichnen der Sondertarife gegen die Standesehre verstößt und von der Innung verboten wird. Für die Übertretung dieses Beschlusses wird die statutengemäße Strafe von 20 Mk. festgesetzt." Wie würde man zetern, wenn Arbeiterorganisationen ebenso Gesetze und Regierungserklärungen verhöhnen würden. Die Scharfmacher der Unternehmerverbände aber sind trotzdem in den Ministerien gern gesehene Gäste, von denen sie sich, wie das Ministerium des Innern, periodisch einseitig Bericht über die Aussperrung im Malergewerbe erstatten lassen. Und auf Grund solcher durch einseitige Berichte gebildeten Auffassungen werden schärfere gesetzliche Maßnahmen gegen die Arbeiter vorbereitet. — Der Kampf im Malergewerbe liefert wertvolle Illustrationen zu diesem Kapitel.

Bäckerstreik in Kottbus. In Kottbus streiken die Bäckergesellen. Sie fordern Abschaffung des Kost- und Logiszwanges, 22 Mk. Wochenlohn, 11stündige Arbeitszeit und für Betriebe mit einem Gehilfen alle vier Wochen, für Betriebe mit mehr als zwei Gehilfen alle 14 Tage einen 36stündigen Ruhetag. Wegen dieser überaus bescheidenen Forderungen wurden die Gehilfen von der Innung in den Streik getrieben! Doch nicht alle Meister verhielten sich ablehnend. Zwölf haben bereits den Tarif bewilligt, in den nächsten Tagen werden weitere folgen. Als erste Streikbrecher traten Soldaten auf. Bei einem Meister, der die Lieferung für die Kaserne hat, arbeitet vom ersten Streiktage an ein Mann in Uniform. Die Innung hat auch den Rabattsparverein mobil gemacht. Dieser beschloß, allen Meistern, die die Forderungen der Bäckergehilfen bewilligen, die Rabattmarken zu entziehen. Diesen Beschluß faßte der Vorstand ohne Zutun der Mitglieder.

Lohnbewegungen im Dachdeckergewerbe. In Aschersleben sind die Dachdecker ausgesperrt, weil sie sich nicht unterschriftlich bereit erklären wollten, unter den bisherigen Bedingungen für das Jahr 1913, weiter zu arbeiten. Zuzug ist streng fernzuhalten. — In Bernburg a. S. wurde nach einem zweitägigen teilweisen Streik zum ersten Male ein Tarif für das Dachdeckergewerbe abgeschlossen. Der Tarif hat Gültigkeit bis zum 1. April 1916. Die sofortige Lohnerhöhung beträgt 4 Pfg.; weitere 4 Pfg. Lohnerhöhung verteilen sich auf die übrigen Vertragsjahre.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie. Die Tarifverhandlungen in München sind erfolgreich für die Arbeiter beendet. Für 330 Arbeiter konnten ansehnliche Lohnzulagen herausgeholt werden. Der Keram- und Steinarbeiterverband, eine Zentrumsgewerkschaft, war mit 6 Mitgliedern an der Lohnbewegung beteiligt. Er wollte auch eine Vertretung haben, was aber die Vertreter des Steinarbeiterverbandes mit der Begründung ablehnten, daß sich die Schwarzen bisher bei Lohnbewegungen in der unkollegialsten Weise gezeigt hätten. Ein Schiedsspruch unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Sartorius besagte, daß die Christlichen zu den gemeinschaftlichen Verhandlungen nicht zuzulassen seien. Der Ärger bei den Herren Christlichen darüber ist sehr groß. Der Basaltwerksbesitzer Reiske in Kerzdorf b. Lauban hat 63 Arbeiter wegen Zugehörigkeit zum Steinarbeiterverband ausgesperrt. Der Unternehmer liefert nur für die Eisenbahndirektionen. Es ist bezeichnend, daß sich ein solcher Staatslieferant erlauben darf, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. Die 13 Mitglieder des „Duncker'schen" Verbandes ließ Reiske allerdings weiterarbeiten. Diese Leute waren auch nicht zu bewegen, aus Solidarität die Arbeit einzustellen. Ein großer Arbeiterfeind ist auch der Basaltwerksbesitzer Bauch in Dörnberg bei Kassel. Er hat schon öfter organisierte Arbeiter gemaßregelt. Jetzt stellten 140 Arbeiter die Arbeit ein, um ihre Rechte zu verteidigen. In der Steinindustrie tritt sehr häufig zutage, daß die Lieferanten, die für die Behörden liefern, sehr tariffeindlich gesinnt sind, und auch den Arbeitern das Koalitionsrecht verkümmern wollen.

Zum Streik in der Binnenschiffahrt. Die Binnenschiffer haben heute beschlossen, die Arbeit am Montag, dem 5. Mai, wieder aufzunehmen. Dieser Beschluß ist darauf zurückzuführen, daß der Zentralverband der Maschinisten und Heizer am 26. April beschlossen hat, die Arbeit wieder aufzunehmen, und daß der Unternehmerverband in der letzten Verhandlung die bestimmte Erklärung abgab, daß ein Vertragsverhältnis nur möglich sei, wenn beide Arbeiterorganisationen daran beteiligt seien.

Der Streik der oberschlesischen Bergarbeiter dauert unverändert fort. Die Zahl der Streikenden beträgt 75 000. Bei Myslowitz wurde ein Bergmann von einem Gendarmen erschossen. Die Veranlassung hierzu ist nicht bekannt.

Boykott über Düsseldorfer Brotfabriken. Seit einigen Wochen stehen die Arbeiter in den Brotfabriken in Düsseldorf in der Lohnbewegung zur Durchführung eines Tarifvertrages und Anerkennung des Koalitionsrechts. In neun Betrieben mit 95 Arbeitern ist es auch den Organisationen gelungen, Tarifverträge abzuschließen. Vier Fabrikanten weigern sich jedoch, nicht nur die Forderungen anzuerkennen, sie wollen auch wie bisher den Arbeiten die Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation verbieten. Gegen diese Firmen haben die organisierten Arbeiter den Boykott verhängt. Wie bei allen wirtschaftlichen Kämpfen sich die Polizei in liebevoller Weise der Unternehmer annimmt, so auch hier. Die Boykottleitung hat zur wirksamen Durchführung des Boykotts an alle Brotgeschäfte, die nur boykottfreies Brot verkaufen, Plakate verabfolgt. Die Polizeibehörde wies jedoch die Schutzleute an, die Plakate aus den Schaufenstern entfernen zu lassen. Auf Antrag der Unternehmer erließ außerdem das Landgericht eine einstweilige Verfügung, nach der den Organisationen verboten wird, die Geschäfte zu veröffentlichen, die boykottfreie Ware verkaufen. Der Beschluß des Landgerichts wird damit begründet, daß die Organisationen von den in den boykottierten Brotfabriken beschäftigten Arbeitern keinen Auftrag erhielten, eine Tarifvorlage an die Unternehmer einzureichen, „unter diesen Umständen verstoße der Boykott gegen die guten Sitten". Zu dieser Anschauung kam wohl das Landgericht, weil ein Fabrikant von seinen Arbeitern ein Schriftstück unterzeichnen ließ, das er nachdem in der Tagespresse veröffentlichte, wonach die Arbeiter erklärten, sie hätten den Organisationsvertretern keinen Auftrag gegeben, einen Tarifvertrag einzureichen. Tatsache ist jedoch, daß die Arbeiter dieser Firma ebenfalls in der beschließenden Versammlung waren und dafür stimmten, daß die Tarifvorlage an die Brotfabrikanten eingereicht werde.

Die „Kölnische Ztg." frohlockt über diese einstweilige Verfügung des Düsseldorfer Landgerichts und bemerkt dazu: „Darüber hinaus hat aber dieser gerichtlich festgestellte Fall eine symptomatische Bedeutung, weil er zeigt, daß die Gewerkschaften in vielen Fällen in bewußter Weise eine reine Machtpolitik betreiben, ohne dabei auf die Interessen der beiden beteiligten Kreise, der Arbeiter und der Unternehmer, zu achten". Das ist die Wahrheit auf den Kopf gestellt. Vor Gericht wurde garnichts festgestellt, das wird erst geschehen müssen, weil sich die Arbeiterorganisation die Verfügung nicht so ohne weiteres aufhängen läßt. So lange die Unternehmer den Arbeitern das Koalitionsrecht verwehren, hat auch die organisierte Arbeiterschaft keine Ursache, solchen Unternehmern die Ware abzukaufen.

Zu den Streikbrecherkrawallen in Solingen-Wald. Am Mittwoch abend beschäftigte sich in Wald bei Solingen eine öffentliche Versammlung mit den Krawallen, die durch die Streikbrecher der Firma Rautenbach in Wald verursacht worden waren. Etwa zweitausend Teilnehmer hatten sich eingefunden. Sie erhoben Protest gegen die Polizeibehörde, die gegen die Revolverhelden nichts unternommen hat, dagegen das Streikpostenstehen verbot und zum Schutz des bestreikten Betriebes zwei Dutzend Polizeibeamte zur Verfügung stellte. In der Versammlung wurde einwandsfrei festgestellt, daß die 60 bis 70 Streikbrecher wenigstens dreitausend Liter geliefert erhalten hatten. Die Weiterlieferung von Bier wurde auf Wunsch des Gewerkschaftskartells von Solingen von der betreffenden Brauerei eingestellt. Einige Bäcker, Metzger und Kolonialwarenhändler erklärten in der Versammlung, den Streikbrechern nichts mehr liefern zu wollen. In der Versammlung wurde festgestellt, daß die Firma Rautenbach den Streikbrechern Revolver mit Munition zum Preise von je 10 und 12 Mk. geliefert hat. Dieser Betrag wird den Arbeitswilligen ratenweise vom Lohn wieder in Abzug gebracht. Im Hofe des Betriebes finden regelmäßig Schießübungen statt, und die Polizei hat die Erlaubnis gegeben, daß die Revolver im Betriebe getragen werden dürfen. Selbstverständlich werden diese Schießinstrumente auch mit auf die Straße genommen. Festgestellt wurde ferner in der Versammlung, daß der Polizeibeamte Leinweber und andere Beamte von den Streikbrechern getreten und geschlagen wurden. Der Helm des Polizeibeamten Leineweber flog dabei auf die Straße. Eine ganze Reihe von Zeugen haben dies gesehen. Trotzdem wurde gegen die Streikbrecher nichts unternommen, obwohl der Polizei der Name des Täters mitgeteilt worden ist. Die Versammlung erhob auch Protest gegen die Berichterstattung der bürgerlichen Presse. Eine große Anzahl von Abonnenten des „Tageblatts" und der „Solinger Zeitung" erklärten, diese Zeitungen auch abbestellen zu wollen. Seit drei Tagen berichtet diese Presse nichts mehr über die Vorgänge, während die auswärtige bürgerliche Presse nach wie vor in der unerhörtesten Weise gegen die Arbeiter Stellung nimmt. Gegen den Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes ist Anklage wegen Beleidigung erhoben worden. Charakteristischerweise ist die Strafanzeige auch von dem Polizeibeamten Leineweber mit unterzeichnet worden. Von einer Strafanzeige gegen die Streikbrecher, die diesen Beamten mißhandelten, hat man bis jetzt aber noch nichts gehört.

Der Schutz des § 193 Str.G.B. für den Gewerkschaftsangestellten. Vor dem Schöffengericht in Schiltigheim bei Straßburg i. E. hatte sich der Ortsangestellte für Straßburg des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter wegen Beleidigung des Brauereidirektors Kleinknecht zu verantworten. Die Beleidigung wurde erblickt in der Kritik, die der Angeklagte dem Direktor wegen seines Verhaltens den organisierten Arbeitern gegenüber und wegen der fortgesetzten Umgehungen des Tarifvertrages in der Presse angedeihen ließ. Durch Zeugenaussagen wurde vor Gericht festgestellt, daß das vom Angeklagten gegen den Direktor Kritisierte zutraf und daß der Direktor allen Anschreiben der Organisation gegenüber taub blieb. — Es blieb also kein anderer Weg übrig, als zur Veröffentlichung der Mißstände und zur Kritik des ganzen Gebarens der Leitung der Brauerei zu schreiten, um auf diesem Wege Abhilfe zu erlangen, bevor zum letzten Mittel, zum Streik gegriffen wurde. Der Angeklagte hatte sich nur in der Form vergriffen. Er wurde deshalb zu der hohen Strafe von 200 Mk. verurteilt. Der Schutz des § 193 Str.G.B. wurde ihm versagt, wobei wohl die Ansicht des Gerichtsvorsitzenden ausschlaggebend gewesen ist, der da meinte, daß die Arbeiter in erster Linie ihre Interessen selbst wahrnehmen müssen. Wenn dieses Urteil Schule machen sollte, kann der Gewerkschaftsangestellte bei Vertretung von Arbeiterforderungen den Unternehmern gegenüber nie mehr in Wahrnehmung berechtigter Interessen handeln. Man muß beachten, daß der Angeklagte als Gewerkschaftsangestellter den von der Brauereileitung fortgesetzt durchbrochenen Tarif mit verhandelt, mit abgeschlossen hat, daß er also in doppelter Eigenschaft: als Vertragsabschließender und als Geschäftsführer des Arbeiterverbandes die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, dem Tarif Geltung zu verschaffen und Verstöße gegen ihn abzuhelfen hatte; daß er ferner auf seine Beschwerden gar keine Antwort erhielt, oder daß trotz Zusage keine Abhilfe erfolgte. In diesem Fall dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu versagen, heißt die Aufgabe und Tätigkeit der Organisation und ihrer Angestellten völlig verkennen.

Aus dem Gerichtssaal.

Zum Straßburger Schlachthof-Skandal. Das Straßburger Gericht hatte sich abermals mit Schmutzereien im städtischen Schlachthof zu befassen. Diesmal waren 9 Kuttelmeister wegen Nahrungsmittelfälschung angeklagt; sie hatten das zur Fabrikation von Leberwürsten bestimmte Fleisch sowie Mägen, Mäuler, Füße und andere Fleischteile mit denaturiertem Industriesalz, statt mit gutem, aber teurerem Kochsalz behandelt. Das denaturierte Salz darf nur zum Salzen von Därmen benutzt werden, es enthält 2 Proz. Seifenpulver, und stellt sich, da es steuerfrei ist, um den Steuerbetrag billiger. Welche Summen an hinterzogener Steuer dies ausmacht, geht z. B. aus der Feststellung hervor, daß der eine Meister, der im Jahre nur zwei Zentner denaturiertes Salz verwendet haben will, in den Jahren 1912 100 Zentner und 1911 sogar 200 Zentner laut Aufstellung der Steuerbehörde von der Saline bezogen hat. Auf diese Art verschaffen sich die Meister Profite, die bei dem einen 1200 Mark pro Jahr, beim anderen sogar 1440 Mk. betrugen. Die unter Anklage stehenden gesundheitsschädlichen Praktiken der profithungrigen Kuttelmeister sind von organisierten Metzgergesellen aufgedeckt worden. Ein Geselle, als Zeuge vernommen, sagte aus, daß Rindermägen (sog. Plätzer) und Afterdärme, die nicht abgehen, eingesalzen und nach Bedarf an die Wurstler abgegeben wurden, die dann Leberwurst daraus fabrizierten. Selbst der Vorsitzende war über diese Geheimnisse des Wurstkessels erstaunt und meinte naiv: „Ich glaubte, die Leberwurst besteht aus Leber." Ein anderer Zeuge, der 14 Jahre bei einem der angeklagten Meister als Geselle beschäftigt war, erklärte, daß zu seiner Zeit alles, Mäuler, Füße, Mägen, Kopffleisch mit dem

denaturierten Salz gesalzen wurden. Ein anderer Geselle, der 15 Jahre im Schlachthause beschäftigt war, erzählte, die Gesellen im Schlachthause hätten gar kein anderes Salz gekannt. Die Mäuler und Füße, aus denen Ochsenmaulsalat gemacht wird, lägen oft monatelang in denaturierter Salzlake, die ordentlich aufschäumt, wenn sie angesetzt wird sodaß der Seifenschaum erst abgeschöpft werden muß. Mägen und Afterdärme werden im Sommer ebenfalls so eingesalzen, um sie im Winter zu Leberwurst verarbeiten zu können. Der Vorsitzende mußte konstatieren, daß die Arbeiter das machen mußten, was der Meister haben will, sonst würden sie fortgejagt. Von allen Zeugen wurde noch bestätigt, daß, seit der Staatsanwalt die Sache in der Hand habe, Kochsalz zum Einsalzen verwendet werde. Das Gericht verurteilte die Meister, die von diesen Vorgängen natürlich keine Ahnung gehabt haben wollen, zu Geldstrafen von 60 bis 100 Mk. Die Steuerbehörde und die Straßburger Stadtverwaltung wird nun wohl mit [illegible] Fleischern auch noch ein Wörtchen sprechen.

Drei Monate Haft für einen Anhänger der Suffragetten. Der Anhänger des Frauenstimmrechts G. Lansbury, der vor kurzem dem Unterhaus als Mitglied der Arbeiterpartei angehört hat, erhielt heute vom Polizeirichter den Befehl, die Summe von 2000 Pfund Sterling als Sicherheit dafür zu hinterlegen, daß er Ruhe halten werde. Lansbury lehnte ab, diese Summe zu stellen und wurde infolgedessen von dem Polizeirichter zu drei Monaten Haft verurteilt. Lansbury erklärte, daß er gegen dieses Urteil Berufung einlegen werde. Man gestattete ihm, Prozeßbürgschaft zu stellen und ließ ihn auf freiem Fuß.

Aus Nah und Fern.

Der abgewiesene Held. Das Amtsgericht Charlottenburg hat die Privatklage des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Held gegen die „B. Z. am Mittag" kostenfällig zurückgewiesen. Das beklagte Blatt hatte dem Kläger vorgehalten, daß ihm ein preußisches Gericht attestiert habe: „daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Wechselreiterei und betrügerischen Manipulationen in vollem Umfange erwiesen seien." Das Gericht stützt die Abweisung der Klage zunächst auf diese von der Strafkammer in Hannover getroffene Feststellung und führt dann weiter aus: „Auch die „Fälschungen" der Geschäftsbücher lassen sich als „betrügerische Manipulationen" bezeichnen. In dem Urteil ist zwar „ein betrügerischer Reitwechselverkehr mit einem — damals schon in einem solchen Rufe stehenden anrüchigen Millionenschwindler" gegen den Privatkläger nicht festgestellt: einen derartigen betrügerischen Reitwechselverkehr hat der Angeklagte in dem der Privatklage zugrunde liegenden Artikel auch nicht behauptet. Die Erörterung dieser Angelegenheit des Reichstagsabgeordneten Held in der von dem Angeklagten herausgegebenen Zeitung kann dem Angeklagten, zumal sie in sachlicher Form erfolgt ist, mit Rücksicht auf die kurz vorher im Abgeordnetenhause erfolgten Besprechung der Heldschen Angelegenheit nicht verübelt werden.

Von Wilderern erschossen. Im Wald bei Reckenroth hat sich ein Wildererdrama abgespielt. Dort stieß der Apotheker Siebert [illegible] auf zwei Wilderer und wurde von ihnen erschossen.

Erlebnisse in der Apachenkneipe. Ein dramatisches Verbrechen, das an die Schilderungen Eugen Sues aus den „Tiefen von Paris" erinnert, hat sich Mittwoch nacht in einem kleinen Restaurant in dem berüchtigten Viertel der Pariser Hallen zugetragen. Gegen fünf Uhr morgens erschienen zwei elegant gekleidete und sehr junge Leute in Begleitung zweier Tänzerinnen in dem Restaurant und setzten sich, obwohl das Lokal von zweifelhaften Elementen wimmelte, an einen Tisch im Hintergrunde. Ein Apache trat an die Gesellschaft heran und [illegible] in dem in dieser Sphäre üblichen Ton: „Na, gebt uns mal etwas zum Besten." „Sehr gern," erwiderte einer der Herren im Frack. Soweit ging alles gut. Bei der Zahlung der Zeche ließ jedoch einer der jungen Leute ein dickes Bündel mit Banknoten sehen. Bevor es der Gesellschaft gelang, das Restaurant zu verlassen, waren sie im Augenblick von einem Haufen Apachen umgeben, die mit Messern auf sie einstachen. Die Tänzerinnen flüchteten laut schreiend und holten von der Straße einige Polizisten, die indes zu spät kamen. Wirt und Gäste waren aus dem Lokal verschwunden, einer der jungen Leute lag von sechs Messerstichen durchbohrt tödlich verwundet am Boden, während sein Begleiter mit leichteren Verletzungen davongekommen war. Die Beute der Verbrecher beläuft sich auf 100000 Frank. Es handelt sich bei dem Opfer um den 20jährigen Studenten der Rechte, den Sohn einer bekannten politischen Persönlichkeit. Die Ärzte haben wenig Hoffnung, den jungen Mann am Leben zu erhalten. Trotz eifriger polizeilicher Nachforschungen fehlt von den Räubern jede Spur.

Abgestürzt. Infolge eines plötzlichen Windstoßes stürzte der Schweizer Flieger Rech auf dem Flugplatz Dübendorf aus einer Höhe von hundert Metern ab. Er wurde schwer verletzt unter den Trümmern seines Flugapparates hervorgezogen. Bald darauf erlag er den Verletzungen.

Todessturz eines Fliegers. Aus Versailles wird berichtet: Der Flieger Unteroffizier Bellini stürzte Sonnabend vormittag auf dem Flugplatz Saint Cyr tödlich ab.

Dampferkatastrophe auf dem Mississippi. Eine schwere Dampferkatastrophe hat sich auf dem Mississippi ereignet. Bei Natchez im Staate Mississippi ist der dreistöckige Dampfer „Konkordia" mit der dort über den Strom führenden Brücke zusammengestoßen und gesunken. 25 Personen, die sich in den Kabinen befanden, konnten nicht mehr gerettet werden und ertranken. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß infolge des Hochwassers die lichte Öffnung zwischen Wasserspiegel und Brückendecke nicht mehr für die Durchfahrt des außerordentlich hoch gebauten Dampfers ausreichte.

Die Heirat auf Probe. Der Oberste Gerichtshof im Staate Neuyork hat, wie die „Daily Mail" meldet, die Zulässigkeit der sogenannten Probeheirat anerkannt. Ein junges Mädchen von 17 Jahren war mit einem Schutzmann der Neuyorker Polizei verheiratet worden. Sie verlangte jetzt die Scheidung, weil ihr, wie sie sich ausdrückte, die Probe nicht zugesagt habe. Das Gericht hat zu ihren Gunsten entschieden und die Ehe gelöst. — Eine Kostprobe Ehe, die nicht zusagt, ist wirklich das allermodernste. Wenn die Schöne schon in den Flitterwochen des Eheglückes überdrüssig wird, dann ist es wahrlich ratsamer, unbemannt zu bleiben.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte gestern nachmittag als letzte Vorstellung für den Arbeiter-Bildungsverein in dieser Spielzeit Aubers komische Oper „Fra Diavolo" zur Aufführung. Die Wiedergabe des prächtigen Werkes konnte im allgemeinen sehr befriedigen, wenn auch verschiedene kleine Unstimmigkeiten sowie am Ende des zweiten Aufzuges namentlich bei Lorenzo der Verlust der für einen wirklichen Künstler unbedingt erforderlichen Selbstbeherrschung zu verzeichnen waren. Ein dankbares Publikum hielt das Theater dicht besetzt und spendete nach jedem Aktschluß reichen Beifall.

P. L.

Literarisches.

Hinrich Paternostermaker, ein dunkles Blatt aus der lübeckischen Geschichte des 14. Jahrhunderts. Von Theodor Schwartz. Was Genosse Schwartz in diesem von fleißigem Quellenstudium zeugenden Buche bietet, ist mehr als die einfache Wiedergabe eines geschichtlichen Ergebnisses aus Lübecks ferner Vergangenheit; es ist der Versuch, die tieferen Ursachen zu erforschen und wiederzugeben, die im Jahre 1384 zu der Verschwörung der Knochenhauer und anderer Handwerker gegen den Rat von Lübeck führten. Nach den vorhandenen Überlieferungen war das Haupt und der Anstifter dieser Verschwörung der wohlhabende hiesige Bürger Hinrich Paternostermaker, von dem der Chronist Detmar sagt, er sei „ein böser Mann" gewesen, ohne ihn sonst weiter zu charakterisieren und für seine Angaben Material beizubringen. Als Historiker, der auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung steht, spürt Genosse Schwartz den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen damaliger Zeit nach und kommt nach einem in großen Umrissen gegebenen geschichtlichen Ueberblick, der sich auf umfangreiches Tatsachenmaterial stützt, zu der Auffassung, daß es in der Hauptsache das Bestreben der Handwerker war, sich von dem Druck der Geschlechter, die die Macht an sich gerissen hatten und die Handwerker belasteten und unterdrückten, zu befreien, welches den Grund der „Verräterei" bildete. Ueber die Persönlichkeit Paternostermakers, der nach der Entdeckung der Verschwörung verhaftet wurde, nichts bekannte und nach einigen Tagen tot aufgefunden wurde, vermag auch der Verfasser keinen genaueren Aufschluß zu geben, da diesbezügliche Urkunden nicht vorhanden sind. Der Knochenhaueraufstand wurde im Blute erstickt; die Namen der Blutrichter, die alle Tage rädern, köpfen und vierteilen ließen, sind Thomas Muerkerke und Hermann Lange. Lübecks Geschichte ist zweifellos reich an bedeutsamen Ereignissen, über die die Nachwelt genau unterrichtet ist. Es gibt jedoch auch Kapitel, die mit Absicht in Dunkel gehüllt wurden, weil sie für die Machthaber nicht gerade rühmlich sind. Ein derartiges dunkles Blatt stellt die Verschwörung der Handwerker gegen den Rat und ihre grausame Unterdrückung dar, die Genosse Schwartz in seinem Buche eingehend behandelt. Allen Freunden der lübschen Geschichte kann das Werk nur angelegentlich empfohlen werden, das als Anlagen die auf den Knochenhaueraufstand bezüglichen chronikalischen Aufzeichnungen und einige andere für die Kultur des 14. Jahrhunderts bezeichnende Dokumente enthält. Die Kenntnis der Geschichte bringt erst das richtige Verständnis für die gegenwärtig bestehenden Dinge und Einrichtungen; dieses Verständnis fördert Theodor Schwartz in seinem „Hinrich Paternostermaker" in nicht zu unterschätzender Weise. In jeder Arbeiterbibliothek sollte deshalb das Buch anzutreffen sein.

P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 3. Mai.

Auftrieb 2310 Schweine. Markt flott geräumt.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 66,— (—,— bis 53,—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 66,— bis 67,— (53,— bis 53,50), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 68,— bis 69,— (53,— bis 53,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 68,— bis 69,— (53,— bis 53,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 62,— bis 67,— (47,00 bis 51,—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 62,— bis 63,— (49,50 bis 50,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 58,— bis 61,— (45,— bis 47,50).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

Visiten-Karten
empfiehlt die Buchdruckerei von **Friedr. Meyer & Co.**

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100000 Mitglieder zählenden
Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)
bei. Für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80
(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**
1. die reichillustrierten Monatshefte
Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern: Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung
fünf wertvolle Bücher
erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.
Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.
Probehefte und Prospekte postfrei!

Schulschreibhefte
mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

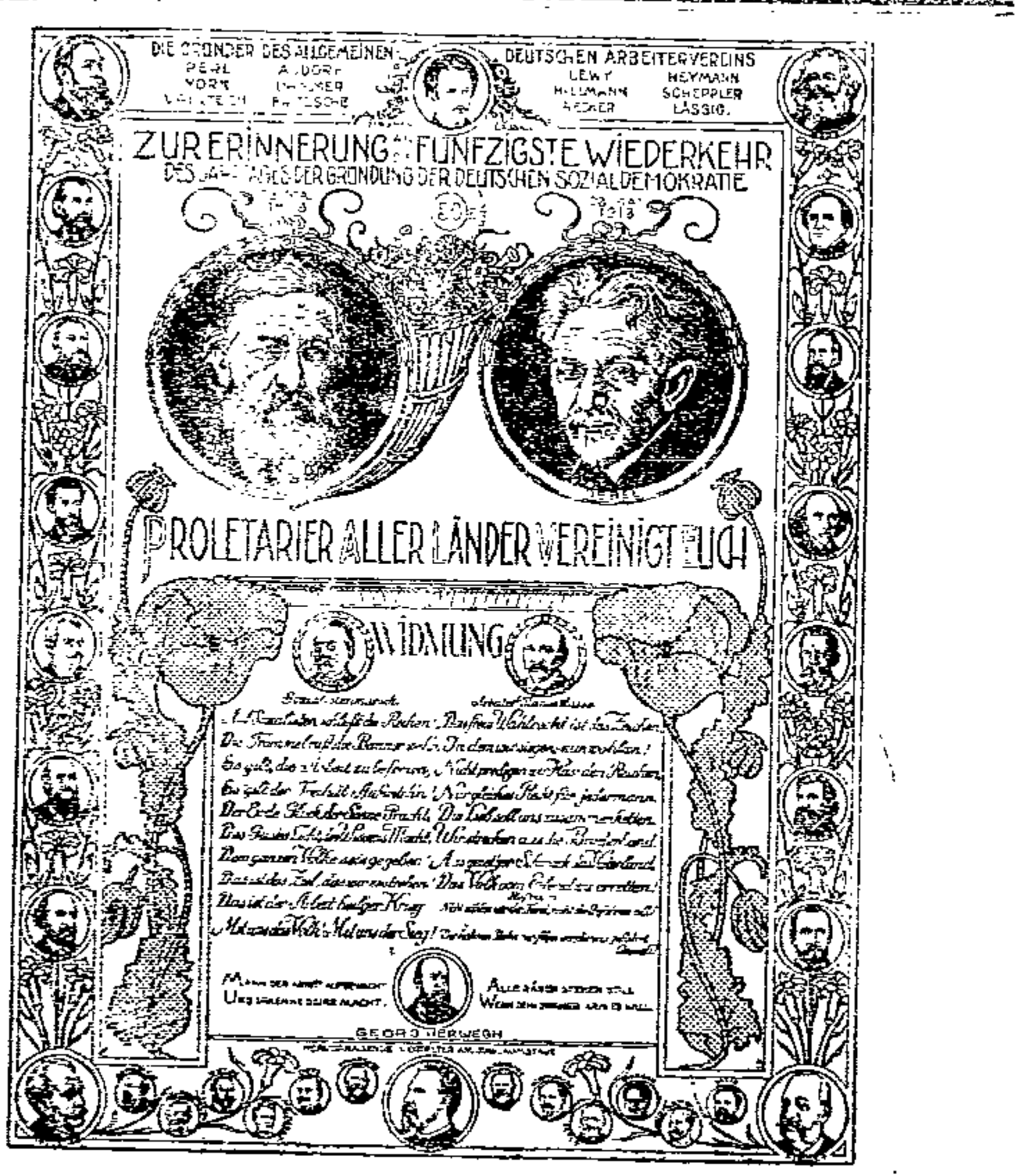
1 Tüllumhang mit längl. Spitzen, 1 Küchenauszug, Blumenständer u. Bilder zu verkaufen.
3646) Hansastraße 23, part.

Ein guterhaltener blauer Kinderwagen auf Gummi mit Bremse zu verkaufen.
3639) Lotanystraße 22, II.

Herren-Anzüge
billig zu verkaufen.
3651) Krähenstraße 18.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.



Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.